

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Konstantin Pritzel

Die Sowjetkommunisten
und die Konvergenztheorie

Oskar Weggel

Der Kommunismus
in Asien

B 5/70

31. Januar 1970

Konstantin Pritzel, Dr. jur., geb. 1913 in Berlin, Studium der Naturwissenschaften und der Rechtswissenschaft in Berlin und Jena, seit 1962 Mitarbeiter in der ostpolitischen Redaktion von RIAS-Berlin.

Oskar Weggel, Dr. jur., Assessor, geb. 1935, Studium der Rechtswissenschaft und des modernen Chinesischen in Bonn. Zwei Jahre Aufenthalt in der Republik China (Taiwan). Ein halbes Jahr am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln tätig. Seit August 1968 Wissenschaftlicher Referent für den Bereich der Volksrepublik China am Institut für Asienkunde in Hamburg.

Veröffentlichungen: Zentralregierung und Provinzialverwaltung auf Taiwan. Selbstverwaltungsideologie und Verfassungswirklichkeit, Hamburg 1968; Die chinesischen Revolutionskomitees, Hamburg 1968. In Vorbereitung: Die Große Proletarische Kulturrevolution; Die Gesetzgebung in der Volksrepublik China.

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51 nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,29 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die Sowjetkommunisten und die Konvergenztheorie

In der jüngeren Vergangenheit, etwa seit Ende 1967, haben einzelne Parteien des sowjetkommunistischen Lagers, insbesondere die SED, die Auseinandersetzung mit der sogenannten Konvergenztheorie zu einem der zentralen Themen ihrer ideologischen und politischen Arbeit gemacht. In der folgenden Untersuchung soll versucht werden zu klären,

warum man sich gerade auf diese Theorie konzentrierte und sie — im Gegensatz zu ihrer tatsächlichen Bedeutung im politisch-geistigen Leben der westlichen Welt — zu einem der wichtigsten und gefährlichsten Instrumente eines aggressiven Imperialismus deutete,

welches die entscheidenden, von kommunistischer Seite gegen die Lehre von der Konvergenz ins Feld geführten theoretischen, ideologischen und politischen Argumente sind und warum schließlich die Hauptoffensive gegen diese Theorie gerade um die Jahreswende 1967/68 eröffnet wurde.

Vorher aber erscheint es erforderlich, den wesentlichen Inhalt der Konvergenztheorie darzustellen und das Für und Wider in der Wirtschafts- und Politikwissenschaft auf westlicher Seite zu erörtern.

I. Die Lehre von der Konvergenz der Systeme

1. Zum Begriff der Konvergenz und zur Entstehung der Konvergenztheorie

Der Begriff Konvergenz fand zunächst nur im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich Verwendung. In der Mathematik bezeichnet man als konvergierend solche Reihen, deren Teilsumme sich einem endlichen Wert nähert, ohne ihn zu erreichen (so nähert sich die konvergierende Reihe $\frac{1}{2} + \frac{1}{4} + \frac{1}{8} + \frac{1}{16} \dots$ dem Wert 1). In der Physik wird das Zusammenlaufen der Strahlen eines Strahlenbündels als Konvergenz bezeichnet und in der Biologie das Ähnlicherwerden von Gestalten oder Organen unter gleichartigen äußeren Bedingungen, das heißt also die Annäherung unter Umwelteinflüssen im Zuge des biologischen Entwicklungsprozesses.

Später wurde dann der Begriff Konvergenz auf den gesellschaftswissenschaftlichen und politischen Bereich übertragen. Man bezeichnet damit das Ähnlicherwerden unterschiedlicher gesellschaftlicher Ordnungssysteme, insbesondere des sowjetisch-kommunistischen und des westlich-demokratischen, einen Prozeß, den die Anhänger dieser Auffassung mit der Konvergenztheorie zu begründen versuchen.

Als einer der geistigen Väter der Konvergenztheorie kann der amerikanische Nationalökonom Walter S. Buckingham gelten. In seinem 1958 veröffentlichten Buch „Theoretische ökonomische Systeme — Eine vergleichende Analyse“ schrieb er, „daß die realen, die funktionierenden ökonomischen Systeme einander immer ähnlicher werden, anstatt voneinander

abzuweichen“, und gelangte zu der Schlußfolgerung: „... Drei von vier Eckpfeilern des Kapitalismus ... werden wahrscheinlich aus dem reinen Kapitalismus in das neu entstehende Wirtschaftssystem übernommen werden. Erstens das Privateigentum an den Invest-

Oskar Weggel:

Der Kommunismus in Asien S. 19

bauten und Ausrüstungen ... Zweitens die ökonomischen Stimuli und das Motiv des Profits ... Drittens wird sich überall das Markt-system als Hauptmechanismus für die Kontrolle über die Verteilung der Waren und Dienstleistungen behaupten.“¹⁾

Erwähnt zu werden verdient auch, daß sich die heutigen Konvergenztheoretiker auf einen Vorläufer aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts berufen können, den französischen Historiker und Politiker Alexis C. de Tocqueville (1805 bis 1859). Dieser sprach in seinem 1835 erschienenen Buch „Die Demokratie in Amerika“ bereits von der zu erwartenden Rivalität zwischen Amerika und Rußland und von einer — wie wir heute sagen würden — soziologischen Annäherung der beiden Staaten.

¹⁾ Buckingham, Theoretical Economic Systems — A Comparative Analysis, New York 1958, S. 26 und S. 485.

2. Die modernen Konvergenztheoretiker und ihre Lehre

Als namhafteste Vertreter der Konvergenztheorie sind außer dem schon erwähnten amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler *Buckingham* der niederländische Nationalökonom *Jan Tinbergen*, der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler *John Kenneth Galbraith*, der französische Soziologe *Raymond Aron* und der Soziologe *Pitirim A. Sorokin* zu nennen. *Sorokin* emigrierte vor 20 Jahren aus der Sowjetunion in die USA und ist heute amerikanischer Staatsbürger.

Wie bereits erwähnt, geht die Konvergenztheorie von der Annahme aus, daß im Laufe der Zeit eine Annäherung zwischen dem westlich-demokratischen bzw. ‚kapitalistischen‘ und dem sozialistischen bzw. sowjetkommunistischen System stattfindet, ja stattfinden muß. Dieser Annahme liegt der Gedanke der Struktur einer „einheitlichen Industriegesellschaft“ zugrunde. Nach der Konvergenztheorie ist diese gekennzeichnet von einem verhältnismäßig hohen Massenkonsum, vom „Machtantritt der Manager“, von der „Herrschaft der Technokraten“ und von einer zunehmenden Entideologisierung der Massen. Mit Entideologisierung der Massen ist gemeint, daß weite Kreise in der industriellen Massengesellschaft den Glauben und die Einsatzbereitschaft für irgendwelche ideologischen Werte verloren haben und sich im wesentlichen für die individuelle Konsumtion, ihre privaten Belange interessieren. Unter diesen Voraussetzungen kommt es dann allmählich zu einer weitgehenden Angleichung — Konvergenz — der heute noch verschiedenen Systeme des Sozialismus und des Kapitalismus.

Die wirtschaftspolitischen Hintergründe dieses Annäherungsprozesses hat *Tinbergen* von der Rotterdamer Wirtschaftshochschule darzustellen versucht. Der klassisch-liberale Kapitalismus würde seiner Meinung nach durch den Einbau staatlicher Planelemente sozialistischer, während andererseits der marxistische Sozialismus durch die Übernahme marktwirtschaftlicher Elemente sich dem Kapitalismus näherte. Im Jahre 1965 schrieb *Tinbergen* in der Belgrader Zeitschrift: „Internationale Politik“ (5. Juni 1965): „Wichtig ist es, daß sich beide Systeme im Entwicklungsprozeß befinden und daß viele von diesen Veränderungen eine Tendenz zur Annäherung zeigen. Es liegen sogar Beweise dafür vor, daß sich beide Systeme in Richtung auf ein bestimmtes Optimum, in Richtung auf ein System bewegen, das besser ist als der reine Kapitalismus und der reine Sozialismus früherer Auffassung.“

Die ökonomische Variante

In der Konvergenztheorie lassen sich zwei Varianten unterscheiden, und zwar eine ökonomische und eine soziologische. Der ökonomischen Variante nach wirken vor allem zwei Faktoren in Richtung einer Konvergenz der Systeme. Einmal ist es der technische Fortschritt, der allenthalben zum bestimmenden Faktor der Entwicklung geworden ist und zwangsläufig zu einer Annäherung der Systeme führt. Dieser Faktor wird vor allem auch von *Galbraith* betont, wenn er schreibt: „Es gibt in der Gegenwart kaum eine interessantere Erscheinung, als daß die einstmalen kapitalistische und die einstmalen kommunistische Firma einander . . . immer ähnlicher werden. Die Ideologie übt in dieser Hinsicht keinen entscheidenden Einfluß mehr aus . . . So ergeben sich an allen wichtigen Stellen Berührungspunkte zwischen den beiden scheinbar so verschiedenartigen Industriesystemen.“²⁾

An anderer Stelle weist *Galbraith* auf die Ähnlichkeit von Industrieländern gleicher Entwicklungsstufe hin: „Die moderne Industrietechnik ordnet sich einem bestimmten Imperativ unter, der über die Ideologie hinausgeht. Eben dieser Imperativ, nicht aber der Wille der Politiker bestimmt — und zwar in sehr starkem Maße — in unserer Zeit die Tätigkeit der ökonomischen und damit auch der politischen Institutionen. Es ist nicht verwunderlich, daß er auch nachdrücklich ähnliche Forderungen stellt. In der Welt von heute besteht ein großer Unterschied zwischen industrialisierten und nicht-industrialisierten Gesellschaften und Ländern. Die Unterschiede zwischen den Ländern, die auf der höchsten Stufe der Industrialisierung stehen . . ., verringern sich jedoch mehr und mehr unter dem Einfluß der Bedürfnisse der Industrietechnik und der mit ihr zusammenhängenden Produktionsorganisation.“³⁾

Die soziologische Variante

Nach der soziologischen Variante erstreckt sich das Prinzip der Konvergenz nicht nur auf die ökonomische, sondern darüber hinaus auch auf die politisch-gesellschaftliche Ebene. Diese Auffassung wird beispielsweise von *Raymond Aron*⁴⁾ und *Pitirim Sorokin* vertreten. Die Hauptthesen *Sorokins* lassen sich in drei Punkten zusammenfassen:

²⁾ *Galbraith*, Die moderne Industriegesellschaft, München-Zürich 1968, S. 430 f.

³⁾ Vortrag zum Thema „Die neue Industriegesellschaft“, zitiert nach *Einheit*, Nr. 4/5, 1968, S. 501.

⁴⁾ *Aron*, *Dixhuit leçons sur la société industrielle*, Paris 1962, und: *La théorie du développement et l'interprétation historique de l'époque contemporaine (Le développement social)*, Paris 1965.

1. In seiner reinen oder extremen Form sind sowohl der Kapitalismus als auch der Kommunismus mangelhaft und können kein gutes und schöpferisches Leben in der Zukunft gewährleisten.
2. Im Unterschied zu dem Marxschen Gesetz von der Notwendigkeit des Wechsels der Gesellschaftsformationen ist die Entwicklung der gesellschaftlichen Beziehungen einem neuen „Gesetz“ sozialer Veränderungen unterworfen, das letztlich zu einer Hybridgesellschaft führt.
3. Die einzige Alternative zur Verhütung eines thermonuklearen Krieges ist die Schaffung einer einheitlichen Welt, eines integralen Gesellschaftstyps.

In seinem 1964 erschienenen Buch „Die Haupttendenzen unserer Zeit“, dessen 3. Kapitel die Überschrift trägt: „Die gegenseitige Konvergenz der USA und der UdSSR zum gemischten soziokulturellen Typ“, untersucht *Sorokin* den Prozeß der Konvergenz in den folgenden Bereichen:

1. Naturwissenschaft und Technik,
2. Gesellschaftswissenschaften,
3. Philosophie,
4. Ethik und Strafrecht,
5. Bildungswesen,
6. Sport und Erholung,
7. Bildende Kunst,
8. Religion,
9. Ehe und Familie,
10. Ökonomisches System,
11. Soziale Verhältnisse,
12. Politisches System.

Sorokin gelangt dann zu den folgenden Schlußfolgerungen: „Ich neige zu der Auffassung, daß der herrschende Typ der entstehenden Gesellschaft und Kultur — wenn die Menschheit neue Weltkriege zu vermeiden und die gegenwärtige kritische Lage zu überwinden im-

1. Aus der Sicht westlicher Wissenschaftler

Wie nicht anders zu erwarten, mußte die Lehre von dem zwangsläufigen Ähnlicherwerden der verschiedenen Ordnungssysteme in Ost und West bei einer ganzen Reihe von Wissenschaftlern in der westlichen Welt auf Widerspruch stoßen. So schrieb Professor *Werner Bosch* von der Universität Mainz bereits 1961: „Kann man Zentralverwaltungswirtschaft und Marktwirtschaft miteinander verbinden? Man

INHALT

I. Die Lehre von der Konvergenz der Systeme

1. Zum Begriff der Konvergenz und zur Entstehung der Konvergenztheorie
2. Die modernen Konvergenztheoretiker und ihre Lehre

II. Kritik der Konvergenztheorie

1. Aus der Sicht westlicher Wissenschaftler
2. Kritik der marxistisch-leninistischen Dogmatiker

III. Die Konvergenztheorie — „eine ideologische Waffe des aggressiven Imperialismus“

1. Geringe Beachtung der Konvergenztheorie bis 1967
2. Der Reformkurs in der Tschechoslowakei als auslösendes Moment
3. Die Rolle und Position der SED
4. Die Okkupation in der Tschechoslowakei, die „Breschnew-Doktrin“ und die Konvergenztheorie
5. Die Kommunistische Weltkonferenz als Forum der Auseinandersetzung mit der Konvergenztheorie — Zur Frage des Prinzips der friedlichen Koexistenz

IV. Die Wirtschaftsreform und innenpolitische Aspekte der Konvergenztheorie

1. Die Doktrinäre in Moskau und Ost-Berlin — Angriffe gegen Ota Sik
2. Budapest — Das ungarische KP-Organ propagiert die „sozialistische Konsumgesellschaft“
3. Das Memorandum Professor Sacharows

Zusammenfassung

stande sein sollte — wahrscheinlich weder kapitalistisch noch kommunistisch sein, sondern einen Typ verkörpern wird, den wir als einen integralen bezeichnen können. Dieser Typ dürfte ein Zwischending zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Ordnung und Lebensweise sein.“⁵⁾

II. Kritik der Konvergenztheorie

kann in ein zentralverwaltungswirtschaftliches System marktwirtschaftliche Elemente einbauen, und es gibt tatsächlich in den meisten Zentralverwaltungswirtschaften Bauernmärkte oder andere marktwirtschaftliche Restelemente. Aber sie sind in das zentralverwaltungswirtschaftliche System verwoben. Die

⁵⁾ Zitiert nach Bregel, Die beiden sozialökonomischen Systeme und die bürgerliche Konvergenztheorie in: Einheit, Nr. 4—5/1968, S. 500.

Pläne der noch freien Bauern, Handwerker oder Einzelhändler stoßen an allen Seiten auf die staatlichen Pläne. Die Handlungsfreiheit, die in diesen marktwirtschaftlichen Restbereichen einer Zentralverwaltungswirtschaft gilt, ist deshalb nur Schein. Denn ein System, in dem die entscheidenden wirtschaftlichen Vorhaben zentral geplant werden, kann nicht zulassen, daß der einzelne zuviel mitplant. Seine Pläne sind für die Zentrale nur dann erträglich, wenn sie so unbedeutend sind, daß sie die Funktionsfähigkeit des zentralverwaltungswirtschaftlichen Systems nicht stören.

Man kann auch nicht eine marktwirtschaftliche Ordnung durch ‚ein bißchen Planwirtschaft veredeln‘. Man kann überhaupt keine ‚Mischform‘ zwischen marktwirtschaftlicher und zentralverwaltungswirtschaftlicher Ordnung finden. Immer muß entweder die zentralverwaltungswirtschaftliche oder die marktwirtschaftliche Ordnungsform dominieren. Welche der beiden Grundformen in Wirklichkeit in einem wirtschaftlichen System dominiert, ist nicht immer mit dem Rechenstift zu beweisen, besonders dann nicht, wenn eine Marktwirtschaft sich im Übergang zur Zentralverwaltungswirtschaft befindet oder umgekehrt. Aber es gibt genug Indizien aus der sorgfältigen Beobachtung des wirtschaftlichen Alltags, die in jeder historischen Situation eine Antwort auf diese Frage geben können. Um es zu wiederholen: In jeder historischen Situation dominiert entweder die eine oder die andere Ordnungsform.“⁶⁾

Ähnlich äußerte sich Professor *Thalheim* vom Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin. Auf einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde im Oktober 1965 begründete er die Ablehnung der Konvergenztheorie mit den folgenden Argumenten: „Aber bedeutet die Anwendung gleicher Planungstechniken bereits wirklich eine Annäherung der Systeme — eine so große Annäherung, daß daraus allein schon die Hoffnung auf ihr späteres Konvergieren abgeleitet werden kann? ... Gerade weil Methoden wie Input-Output und das lineare Programmieren systemneutral sind, bedeutet ihre Anwendung im östlichen Wirtschaftssystem für die Angleichung der Systeme nicht mehr als die Anwendung der gleichen Technik zur Gewinnung von Rohstahl oder zur Herstellung von Zement oder die zweckmäßigste Anwendung künstlicher Düngung beim Anbau von Zuckerrüben. Wer aber wollte behaupten, daß die Anwendung gleicher Produktionstechniken bereits eine Annäherung der Systeme bedeutet?“

Allerdings scheint der Autor seine Ansichten über die Ablehnung der Konvergenztheorie

später zugunsten einer etwas differenzierten Betrachtung modifiziert zu haben. So etwa, wenn er jetzt davon spricht, daß die Konvergenz eine Funktion der politischen Bedingungskonstellation sei und die Veränderung des politischen Klimas geradezu eine Voraussetzung ist für Wandlungen im Bereich der Wirtschaft⁷⁾.

Zu den Kritikern der Konvergenztheorie hat man auch die amerikanischen Sowjetologen *Zbigniew Brzezinski* und *Samuel P. Huntington* zu rechnen. Sie sind neben anderen die Schöpfer der sogenannten „Evolutionstheorie“. Nach Auffassung der Evolutionstheoretiker wird in der Konvergenztheorie die Rolle der ökonomischen Faktoren (Entwicklung der Massenbedarfsgüterindustrie, die Folgen des materiellen Überflusses und die zunehmende internationale Verflechtung) überschätzt, und sie teilen nicht die Hoffnung der Konvergenztheoretiker bezüglich der Auswirkungen der industriellen Entwicklung.

Die Kritik aus dieser Sicht läuft im Ergebnis auf eine andere Bewertung des Verhältnisses von Ideologie und politischer Macht innerhalb des Kommunismus hinaus. Dies wird besonders deutlich bei *Brzezinski*, der die Einstellung der Konvergenztheoretiker als „antisowjetischen Marxismus“ bezeichnet. Er behauptet demgegenüber, Voraussetzung für die Demokratisierung der sozialistischen Gesellschaft seien positive politische Reformen, in erster Linie die Beseitigung des „ideologischen und politischen Monopols der regierenden Partei“⁸⁾. Nach Meinung *Brzezinskis* kann nur eine ideologische Wandlung helfen, auch eine politische Wandlung herbeizuführen. In seinem Buch „Alternative zur Teilung“ schreibt er: „Die wünschenswertere Form der Umwandlung begänne mit einer internen Liberalisierung der osteuropäischen Staaten. Erst dann wüchsen sie gemeinsam mit der Sowjetunion langsam in ein größeres Europa hinein.“⁹⁾

⁶⁾ Bosch, Marktwirtschaft — Befehlswirtschaft, Heidelberg 1961, S. 275 f.

⁷⁾ Siehe dazu die aggressive und polemische Auseinandersetzung mit den Auffassungen von *Thalheim* in: *Einheit*, Nr. 4/1969, S. 485 ff., unter der Überschrift „Die ‚Konvergenz‘-Bocksprünge eines Ost-Wirtschaftsexperten“. Der Verfasser, Professor *Herbert Meissner*, ist Leiter der Abteilung Geschichte der politischen Ökonomie am Institut für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Ost-Berlin und polemisiert in dem fraglichen Artikel gegen einen Vortrag, den *Thalheim* im Dezember 1968 in Zürich hielt (*Neue Zürcher Zeitung* vom 19. 12. 1968).

⁸⁾ *Brzezinski/Huntington*, Politische Macht. USA/UdSSR, Köln-Berlin 1966, S. 425 ff.

⁹⁾ *Alternative zur Teilung — neue Möglichkeiten für eine gesamteuropäische Politik*, 1966, S. 170.

Die Evolutionstheoretiker sind der Auffassung, daß die Konvergenztheorie mit der Synthese beider Systeme in Wirklichkeit ein Aufgehen des Sozialismus in den Kapitalismus nachzuweisen versucht: „Die meisten Konvergenztheorien postulieren also in der Wirklichkeit nicht eine Konvergenz der Systeme, sondern den Untergang des anderen Systems.“¹⁰⁾

2. Kritik der marxistisch-leninistischen Dogmatiker

Auf scharfe Ablehnung mußte die Lehre von der Konvergenz der Systeme bei den Anhängern eines dogmatischen „Marxismus-Leninismus“ bzw. den Verfechtern der sowjetsozialistischen Ideologie stoßen. Die von dieser Seite geltend gemachten Einwände lassen sich in den folgenden Punkten zusammenfassen:

1. Die Industrialisierung wird in der Konvergenztheorie als ein rein technisch-ökonomischer Prozeß gewertet, der soziale Folgerungen nach sich zieht. Aber es wird davon abstrahiert, daß die Industrialisierung unter ganz bestimmten sozialen Verhältnissen stattfindet, die weitgehend ihre Formen und vor allem den sozialen Inhalt ihrer Auswirkungen bestimmen. Damit wird der marxistischen Einschätzung des Prozesses der gesellschaftlichen Entwicklung ein klassenmäßig unabhängiger Epochenbegriff entgegengesetzt.

2. Die Konvergenztheorie gelangt von der Entstellung des Charakters unserer Epoche folgerichtig zur Leugnung der führenden Rolle der Arbeiterklasse. Sie ersetzt den für den Kapitalismus bestimmenden Klassengegensatz von Bourgeoisie und Arbeiterklasse durch eine wertneutrale pluralistische Gesellschaftsauffassung.

3. Indem die Intelligenz als die im Kapitalismus führende Schicht dargestellt wird, soll von den eigentlich Herrschenden abgelenkt werden. Die Monopol-Bourgeoisie tritt in den Hintergrund, während die Herrschaft der Manager breit geschildert wird.

4. Nach Auffassung der Ideologen der einheitlichen Industriegesellschaft spielt das Eigentum an den Produktionsmitteln keine Rolle für die Machtausübung mehr. Fälschlich behauptet die Konvergenztheorie, daß das Eigentum nicht entscheidend für den Besitz der Schlüsselpositionen sei, sondern es entscheidend darauf ankäme, wer Zugang zu den Schlüsselpositionen hat und wer tatsächlich über die Verteilung der Produkte bestimmt.

5. In der Konvergenztheorie wird die von Betrieben und marktbeherrschenden Monopolen

heute in steigendem Umfang praktizierte ökonomische Programmierung im volkswirtschaftlichen Maßstab (Planifikation) mit der sozialistischen Volkswirtschaftsplanung verwechselt. Erstens verfolgt die sozialistische Volkswirtschaftsplanung andere Ziele und zweitens haben die bürgerlichen Staaten die entscheidenden Hebel des Wirtschaftsmechanismus nicht in der Hand.

6. Indem die Konvergenztheorie die Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital und zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten im Sinne der marxistischen Theorie leugnet und die Frage nach der Natur des Staates, das heißt also nach seinem Klassencharakter, umgeht oder bewußt verschleiert, lenkt sie den Werktätigen vom Klassenkampf und damit von der Wahrnehmung ihrer objektiven Interessen ab und dient der Stabilisierung und dem Fortbestand der kapitalistischen Ordnung.

7. Der methodologische Grundfehler der Konvergenztheorie liegt in der voluntaristischen und idealistischen Einstellung zum wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß. Die Anhänger der Konvergenztheorie vertreten die Ansicht, daß der moderne Kapitalismus genau wie der Sozialismus gewisse Mängel und Schwächen und gewisse Vorteile und positive Werte besitze. Nunmehr geht es darum, durch Integration oder Synthese die Mängel auf beiden Seiten auszumerzen und eine optimale ökonomische Variante zu entwickeln. In Wahrheit ist jedoch die ökonomische Entwicklung der Gesellschaft nicht eine Sache freier Willensentscheidung, sondern sie beruht auf objektiven ökonomischen Gesetzen, zu denen auch der zwangsläufige Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus gehört.

In einer Reihe von analytischen Arbeiten, die in der ersten Hälfte des Jahres 1968 in Fachzeitschriften und theoretischen Parteiorganen der Sowjetunion und DDR erschienen sind, setzten sich Gesellschaftswissenschaftler und

¹⁰⁾ Brzezinski/Huntington, Politische Macht. USA/UdSSR, Köln-Berlin 1966, S. 450. — Diese Auffassungen der Evolutionstheoretiker über die Konvergenztheorie werden vor allem von kommunistischer Seite aufgegriffen und — aus dem Zusammenhang gerissen und für die eigenen Bedürfnisse interpretiert — zur Behauptung des aggressiven Charakters der Konvergenztheorie benutzt. Siehe in diesem Sinne u. a. die Darstellung von Modrshinskaja, Die Evolutionstheorie — eine neue ideologische Variante des Antikommunismus, in: Internationales Leben, Moskau 1/1969 (Auszugsweiser Abdruck in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Nr. 5/1969, S. 479 f., und Hemberger/Schwank, Ursachen und Erscheinungsformen der Aggressivität des westdeutschen Imperialismus, in: Einheit, Nr. 8/1969, S. 1005 ff.)

Politikern mit der Konvergenztheorie im Sinne der obigen sieben Punkte auseinandersetzt¹¹⁾. Die Gründe, warum diese Auseinandersetzung schwerpunktmäßig mit der Jah-

reswende 1967/68 begann, um dann den Umfang einer regelrechten Kampagne anzunehmen, werden im nachfolgenden Kapitel zu erörtern sein.

III. Die Konvergenztheorie — „eine ideologische Waffe des aggressiven Imperialismus“

1. Geringe Beachtung der Konvergenztheorie bis 1967

Das Interesse, das der Konvergenztheorie im kommunistischen und besonders im sowjetkommunistischen Lager heute entgegengebracht wird, ist erst neueren Datums. Bis Anfang 1967 läßt sich in den dortigen wissenschaftlichen und theoretischen Abhandlungen eine Reaktion auf diese Lehre kaum feststellen. Eine der wenigen Ausnahmen war ein Artikel im theoretischen Organ der KPCh „Rote Fahne“, der im Oktober 1964 erschien und in dem der Widerspruch zwischen dem „revolutionären Geist“ und dem „reaktionären Geist“ der Konvergenztheorie herausgearbeitet wurde¹²⁾.

Die Situation änderte sich seit dem April 1967. Damals fand in Moskau ein Symposium unter Teilnahme führender Theoretiker und Ideologen über die „moderne bürgerliche Konvergenztheorie“ statt. Auf diesem Symposium wurden im wesentlichen die oben dargelegten Argumente und die Hauptrichtung der Auseinandersetzung mit dieser Lehrmeinung auf der Basis der Sowjetideologie festgelegt. Kurze Zeit später, mit Beginn des Jahres 1968, rückte die Auseinandersetzung mit der Konvergenztheorie in das Zentrum der politischen und ideologischen Aktivität, insbesondere von SED und KPdSU. Der Schwerpunkt verlagerte sich von der theoretisch-wissenschaftlichen auf die propagandistisch-agitatorische Ebene, und die Auseinandersetzung mit der Konvergenztheorie nahm nun das Ausmaß einer regelrechten Kampagne an. Die Gründe hierfür waren in der politischen, ideologischen und wirtschaftlichen Entwicklung im Sowjetblock und im internationalen Kommunismus zum damaligen Zeitpunkt zu suchen.

2. Der Reformkurs in der Tschechoslowakei als auslösendes Moment

Auf dem Hintergrund des sich verschärfenden sowjetisch-chinesischen Gegensatzes sowie als Folge der unbefriedigenden und hinter den hochgesteckten Planzielen zurückbleibenden Entwicklung in der Sowjetunion und der über den rein wirtschaftlichen Bereich hinausgreifenden Auswirkungen der Wirtschaftsreform nahm der Prozeß der politischen Auflockerung

des Sowjetblocks und der ideologischen Erosion etwa ab 1962 ein rascheres Tempo an. Ihren konkreten Ausdruck fand diese Entwicklung in dem Widerstand einzelner Partner des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) gegen die sowjetischen Bestrebungen, den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe zu einem supranationalen Planungsorgan auszubauen und damit die nationale Souveränität in entscheidender Weise über das schon gegebene Maß weiter zu beschränken¹³⁾. So begründete das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Rumäniens seine Ablehnung der RGW-Politik in einer Grundsatzerklärung vom 27. April 1964 mit den folgenden Argumenten:

1. Die Schaffung eines einheitlichen Planungsorgans verstößt gegen die Souveränität der Länder. Das Comecon-Statut sichert den Teilnehmern aber ausdrücklich volle Souveränität zu.
2. Jedes Land braucht eine eigene Schwerindustrie, um den Sozialismus aufzubauen. Gegen dieses Grundgesetz kann das Kriterium der Rentabilität nicht geltend gemacht werden.
3. Der Comecon ist nicht umfassend genug; er sollte alle Länder aufnehmen, die sich vom Kapitalismus getrennt haben.

¹¹⁾ Als die wesentlichsten Veröffentlichungen dieser Auseinandersetzung wären hier zu nennen: Bregel, Die beiden sozialökonomischen Systeme und die bürgerliche Konvergenztheorie, in: Mirowaja Ekonomika, Nr. 1/1968, Wiedergabe geringfügig gekürzt in: Einheit, Nr. 4—5/ und 7/1968; Meissner, Marxismus und Konvergenztheorie, in: Wirtschaftswissenschaft, Nr. 5/1968; Noske, Konvergenztheorie — Ausdruck illusionärer Erwartung und ideologischer Aggressivität, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Nr. 7/1968; Vitali Stolarow/Klaus Rum, Die ‚Konvergenztheorie‘ — bourgeoises Zerrbild gesellschaftlicher Wirklichkeit, in: Einheit, Nr. 10/1968.

¹²⁾ Wen Wen-Hsüan, The Struggle between the Revolutionary Spirit and the Reactionary Spirit on the Theoretical Front of Literature and Art — Refuting Chou Ku-ch'eng's ‚Theory of Convergence‘ in Relation to the Spirit of the Times. In: Hung-ch'i (Rote Fahne), Nr. 20 vom 28. Oktober 1964. Wiedergabe im Monitordienst von Radio Free Europe, Nr. 444 von 1964.

¹³⁾ Über den Auflockerungsprozeß im Sowjetblock vgl. Brzezinski, Der Sowjetblock. Einheit und Konflikt, Köln u. Berlin 1963.

4. Die sozialistische Arbeitsteilung sollte nicht zu einer Isolierung von der Weltwirtschaft führen, sondern den Handel auch mit dem Westen fördern¹⁴⁾.

Auf der gleichen Linie lagen die Bemühungen der Rumänen, die Kommandostruktur der Warschauer Paktorganisation in Richtung einer stärkeren Betonung des Gleichgewichts der Partner zu verändern sowie die Bemühungen verschiedener Mitgliedsländer des Comecon, sich mit der EWG zu arrangieren¹⁵⁾.

Dieser Prozeß des Widerspruchs gegen die sowjetrussische Hegemonie und den ideologischen Führungsanspruch der KPdSU, der stärkeren Wahrnehmung der eigenen nationalen und nationalwirtschaftlichen Interessen und die sich daraus ergebende Auflockerung des sowjetischen Pakt- und Bündnissystems erreichte mit der Entwicklung in der Tschechoslowakei um die Jahreswende 1967/68 einen neuen Höhepunkt.

Nun gehört es bei der Verteidigung der eigenen politischen und ideologischen Machtpositionen durch die doktrinären oder neoleninistischen Führungsgruppen seit jeher zum Rezept, abweichende Vorstellungen und Gedanken, gegensätzliche politische Konzeptionen und Tendenzen und vor allem auch Rückschläge und Mißerfolge ihrer Politik als Werk innerer und äußerer Feinde, als Machenschaften des sogenannten Klassengegners hinzustellen. Unter diesem Gesichtspunkt lag es nahe, auch den gesamten Prozeß der politischen und ideologischen Erosion zum Teil als Ergebnis der Tätigkeit des Gegners und im Falle der Tschechoslowakei vor allem als „Wühltätigkeit amerikanischer und westdeutscher Imperialisten“ hinzustellen. Und hier nun erlangte die bis dahin mehr oder weniger unbeachtet gebliebene Konvergenztheorie eine zentrale Bedeutung. Diese Theorie, so behauptete die sowjetkommunistische Propaganda, sei dazu bestimmt, das sozialistische Lager aufzuweichen und zu unterminieren und mit der Losung von der Annäherung der Systeme letztlich das Aufgehen des Sozialismus in den Kapitalismus zu propagieren. Interpretierte man aber die Konvergenztheorie in diesem Sinne, wies man ihr also die Rolle eines Schreckgespenstes zu, so durfte es sich bei dieser Theorie nicht nur um die private und unverbindliche Lehrmeinung einzelner westlicher Gelehrter handeln, sondern diese Theorie mußte zur ideologischen Basis des aggressiven Imperialismus, zu einem ausdrücklich im Interesse des verschärften Klassenkampfes geschaffenen Instrumentes umgedeutet und aufgewertet werden.

3. Die Rolle und Position der SED

Den Anfang für die Auseinandersetzungen mit der Konvergenztheorie auf dieser Basis machte der für ideologische Fragen zuständige Sekretär im SED-Zentralkomitee, *Hager*, mit seinem Grundsatzreferat auf der 4. Plenartagung Ende Januar 1968. Damals führte er unter anderem aus:

„Die Theorie von der angeblichen Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus wird verbunden mit der sogenannten ‚Konvergenztheorie‘, der These von der Annäherung der beiden Gesellschaftssysteme unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution. Die Monopolbourgeoisie will damit vom notwendigen Kampf um die revolutionäre Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft ablenken, die Formierung ihrer Ausbeuterherrschaft als einen progressiven und gesetzmäßigen Prozeß hinstellen und die von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen befreite sozialistische Gesellschaft diskreditieren . . .

Auf die ‚Konvergenztheorie‘ können nur diejenigen hereinfallen, die nicht sehen, daß sie dazu dienen soll, den Kapitalismus zu erhalten. Diese Theorie ist also auch nur ein Schild, hinter dem sich die Absicht verbirgt, die Entwicklung des Sozialismus aufzuhalten. . . . Während die EWG am 1. Juli 1968 die Zollunion und den gemeinsamen Agrarmarkt vollendet und die Zollunion durch eine Wirtschaftsunion, durch gemeinsame Wirtschaftspolitik ergänzt werden soll, wollen die Imperialisten und ihre sozialdemokratischen Gehilfen Brandt und Schiller den sozialistischen Ländern einreden, daß es für sie vorteilhaft sei, wenn sie eine Angleichung der Wirtschaftssysteme in der EWG akzeptieren würden.“¹⁶⁾

Anschließend wurde das gleiche Thema in zahlreichen Aufsätzen in der Fachpresse und in theoretischen Parteiorganen in immer neuen Variationen behandelt. Auf der vom Zentralkomitee der SED veranstalteten Internationalen Wissenschaftlichen Session in Ost-Berlin vom 2. bis 4. Juni 1968 anlässlich des 150. Geburtstages von Karl Marx sprach auch das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Arvid

¹⁴⁾ Erweiterte Tagung des ZK der Rumänischen Arbeiterpartei Anfang März 1963. Bericht in der Neuen Zürcher Zeitung vom 28. März 1963.

¹⁵⁾ Ausführlicher siehe dazu Pritzel, 20 Jahre Comecon, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 19/69, S. 24 ff., und: Die Kommunisten und der gemeinsame Markt, Schriftenreihe des Bildungswerkes Europäische Politik, Band 18, Köln 1968.

¹⁶⁾ Neues Deutschland vom 30. Januar 1968, S. 4.

J. Pelsche. In seinem Referat über „Die gegenwärtige Epoche, die Epoche des Triumphes der Ideen des Marxismus-Leninismus“ wies er auf den weiter bestehenden Gegensatz der Systeme hin: „In letzter Zeit hat die in Mode gekommene bürgerliche Konzeption der ‚Transformation‘ des modernen Kapitalismus und seiner allmählichen ‚Annäherung‘ an den Sozialismus weite Verbreitung gefunden. Der verborgene antimarxistische Sinn dieser Theorie läuft darauf hinaus, die selbständige Rolle der Arbeiterklasse zu negieren und die Unversöhnlichkeit der Klassenwidersprüche der bürgerlichen Gesellschaft zu vertuschen, die sich ständig und anschaulich in diesem oder jenem Grade in allen kapitalistischen Ländern äußern (Ausweitung des Streikkampfes, Wachstum der Arbeitslosigkeit usw.).“¹⁷⁾

Professor Arno Winkler von der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft ‚Walter Ulbricht‘ in Babelsberg faßte seine Erkenntnisse über die Konvergenztheorie folgendermaßen zusammen: „Den Theoretikern des Monopolkapitals ist von jeher die Aufgabe zugewiesen, Ideologien zu entwickeln, die das zum Untergang verurteilte kapitalistische System retten sollen. Stets bestand ihr Klassenauftrag darin, das reaktionäre Wesen des imperialistischen Systems zu verschleiern, den Sozialismus zu verleumden und die Arbeiterklasse vom Kampf gegen die Monopolherrschaft abzuhalten.“

Unter zahlreichen Konzeptionen tritt seit einigen Jahren die sogenannte Konvergenztheorie hervor...

In dem Maße, wie sich die ökonomischen und politischen Widersprüche der historisch überlebten kapitalistischen Ordnung verschärfen und der Sozialismus seine allseitige Überlegenheit über den Kapitalismus immer überzeugender beweist, wächst der Bedarf der Herrschenden in den imperialistischen Ländern an Ideologien zur Verschleierung des Wesens des staatsmonopolistischen Kapitalismus und zur ideologischen Diversion gegen den Sozialismus...

Die Konvergenztheorie gehört zum Instrumentarium des Klassenkampfes gegen das werktätige Volk. Sie will die wachsende Kritik am kapitalistischen System in Bahnen lenken, die für die bestehenden Macht- und Gesellschaftsverhältnisse ungefährlich sind. Deshalb wird die Verbreitung konvergenztheoretischer Thesen in der Regel mit einer Scheinkritik an einzelnen Symptomen des Kapitalismus verknüpft.“¹⁸⁾

Ähnlich wie sich die Partei zum aggressivsten und lautstärksten Wortführer einer Interven-

tion in der Tschechoslowakei machte, so betrieb sie auch die heftigste Propaganda und Polemik gegen die Konvergenztheorie. Dem Verhalten Ost-Berlins in der tschechoslowakischen Frage und in den Auseinandersetzungen mit der Konvergenztheorie liegen durchaus analoge Motive zugrunde; es sind, so könnte man auch sagen, zwei verschiedene Seiten der gleichen Medaille. Bis jetzt hat die SED mit ihrer Politik der politischen und wirtschaftlichen Ausrichtung auf die Sowjetunion und der staatlichen Zwei- bzw. Dreiteilung Deutschlands (Forderung auf Anerkennung der Westsektoren Berlins als eigenes Subjekt des Völkerrechts) in der Bevölkerung offensichtlich keine ausreichende Basis finden können. Unter diesen Umständen besteht die politische Konzeption der Ost-Berliner Parteiführung darin, das von ihr geschaffene Herrschaftssystem als Erfüllung des Ziels der sozialistischen deutschen Arbeiterbewegung zu verteidigen, es als Modell einer Wiedervereinigung anzupreisen und die Bundesrepublik und die sie tragenden Kräfte überall und mit allen Mitteln zu diffamieren. Die Partei reagiert — aus ihrer Position durchaus logisch und verständlich — mit konsequenter Ablehnung aller Versuche, den doktrinären Marxismus-Leninismus zu revidieren und den unbeschränkten Alleinherrschaftsanspruch der Partei, genauer: einer Gruppe in dieser Partei, anzutasten.

Und hier liegt die Nahtstelle zwischen der politischen Konzeption der SED und ihrem Propagandafeldzug gegen die Konvergenztheorie. Die SED ist gegen eine Intensivierung aller Kontakte gesamtdeutschen Charakters, soweit diese nicht ihren politischen Interessen dienen; sie propagiert nicht die Konvergenz, sondern die Divergenz der Systeme.

Diese politische und ideologische Plattform der SED-Führung spiegelt sich in der gegen die Konvergenztheorie gerichteten Agitation und Propaganda wider. Es geht der Partei darum, auf wirtschaftlichem, ideologischem und kulturellem Gebiet den Gedanken der Konvergenz zurückzuweisen¹⁹⁾. Dabei greift man dann auch zur Konstruktion recht willkürlicher Zusammenhänge und zu Formulierungen, die bis an die Grenze des Lächerlichen reichen. So versuchte beispielsweise Professor Dr. Trebs, Dozent für Ökumenik in der Hum-

¹⁷⁾ Vgl. Einheit, Nr. 6/1968, S. 676 ff.

¹⁸⁾ Die Konvergenztheorie — Instrument des Antikommunismus, in: Staat und Recht, Nr. 5/1969, S. 707 ff.

¹⁹⁾ Siehe dazu die Zusammenfassung von Dorothy Miller, East Germany's Concern with Convergence, in: Radio Free Europe Research vom 13. 8. 1969.

boldt-Universität, „Die Unhaltbarkeit der Konvergenztheorie im Spiegel kirchlicher Stellungnahmen in der DDR“ nachzuweisen. Im Organ der Ost-CDU „Neue Zeit“ führte er aus:

„Wie in der ‚Neuen Zeit‘ schon dargestellt wurde, äußerte sich der Einfluß der Konvergenztheorie etwa auf der Weltkirchenkonferenz in Uppsala darin, daß die Begriffe Kapitalismus und Sozialismus so gut wie eliminiert und durch den Terminus ‚Industrienationen‘ ersetzt wurden. . . .

Neben westlichen Ökonomen und politischen Wissenschaftlern sind es vor allem die ‚Futurologen‘, die die These von der Bedeutungslosigkeit der Unterschiede der gesellschaftlichen Systeme propagieren und damit gelegentlich auch bei Theologen in der DDR zeitweiliges Gehör finden. Der Irrtum, daß die ‚Sachgesetze der Technologie‘ die Unterschiede zwischen Ost und West gegenstandslos machen würden, ist vor allem für die Verkündung verhängnisvoll. Denn er rückt das Konkrete und Spezifische aus dem Blickfeld, das gerade das Feld christlicher Bewährung bestimmt.“²⁰⁾

Auf der 13. Sitzung des „Staatsrates der DDR“ ging auch der Kultusminister Gysi in seinem Referat auf die Thesen der Konvergenztheorie ein. Es gehöre, so führte er aus, zum Arsenal der Konvergenztheorie, daß bürgerliche Philosophen behaupten, die wissenschaftlich-technische Revolution und ihre Wirkung auf den Menschen sei gesellschaftlich wertfrei und stelle die Menschen zwingend vor die existenzielle Alternative, sich dem Phänomen Technik entweder anzupassen oder von ihm überwältigt zu werden. Das auf der Staatsratssitzung geforderte Herausarbeiten der vollen Divergenz in beiden Systemen bedeute, das Phänomen Technik seiner Metaphysik zu entkleiden, den Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution bewußt als Menschenwerk für den Menschen zu vollziehen²¹⁾.

Und schließlich entfaltete man eine breite Agitation gegen die angeblichen Gefahren der Konvergenztheorie in der Tagespresse. Die Schlagzeilen lassen Inhalt und Tendenz dieser Kampagne deutlich hervortreten:

„Konvergenztheorie ist mit Sozialismus unvereinbar“ (Der Morgen, 22. Mai 1968), „Für Narkose kein Bedarf“ (Der Morgen 26. Juni 1968),

„Konvergenztheorie — ein Instrument des modernen Antikommunismus“ (Neues Deutschland, 10. August 1968),

„Ein trojanisches Pferd — Konvergenztheorie eine Waffe des Antikommunismus“ (Neue Zeit, 27. September 1968).

Auch die von der FDJ organisierte und geleitete Singebewegung wurde in den Dienst der Antikonvergenz-Agitation gestellt. Auf einem der Treffen der FDJ-Singeklubs trug eine Gruppe u. a. den folgenden Vers vor: „Ihr sagt, die Welt, sie strebt zur Konvergenz aus dem Rotstern wird der Stern von Daimler-Benz und vom Kampfe der Klassen sollten wir die Finger lassen, weil er, wie ihr wißt, für euch gefährlich ist!“²²⁾

4. Die Okkupation der Tschechoslowakei, die „Breschnew-Doktrin“ und die Konvergenztheorie

In der Art, wie in der ersten Hälfte des Jahres 1968 — also während des ‚Prager Frühlings‘ — die tschechoslowakischen Reformer und die mit ihnen sympathisierenden Kräfte in anderen Ländern und Parteien des Sowjetblocks unter der vordergründigen Auseinandersetzung mit der Konvergenztheorie angegriffen wurden, die Konvergenztheorie also zum Vorwand der politischen und ideologischen Diffamierung aller Moskau unbequemen Tendenzen benutzt wurde, so diente sie nach der Invasion in der Tschechoslowakei als willkommene Rechtfertigung dieser Gewaltaktion und zur Stützung der These bzw. des Prinzips des proletarischen und sozialistischen Internationalismus — dies um so mehr, als der gleichzeitig mit dem Einmarsch unternommene Versuch Moskaus bzw. der Warschauer Paktmächte scheiterte, die Invasion als „Beantwortung des Hilferufes führender Vertreter der Partei und des tschechoslowakischen Staates, die sich, der Sache des Sozialismus treu, an uns wandten“²³⁾, hinzustellen. Erst 13 Monate später, Ende September 1969, gelang es auf der Tagung des Zentralkomitees der KPC, den unmittelbar nach der Invasion einberufenen 14. Außerordentlichen Parteitag für illegal zu erklären und die in der Ära Dubček gefaßten Parteibeschlüsse, insbesondere über die Völkerrechtswidrigkeit der Invasion und des Verstoßes der Maßnahmen der Invasionsmächte gegen das Prinzip des proletarischen und sozialistischen Internationalismus, zu annullieren²⁴⁾.

²⁰⁾ Verkündung angesichts des Antagonismus — Die Unterhaltbarkeit der Konvergenztheorie im Spiegel kirchlicher Stellungnahmen in der DDR, in: Neue Zeit vom 23. 1. 1969.

²¹⁾ Die Wirtschaft (Ost-Berlin), vom 7. 11. 1968.

²²⁾ Neues Deutschland vom 20. 7. 1969, S. 3.

²³⁾ Aufruf des Kommandos der Besatzungstruppen an die Bürger der ČSSR über den illegalen Sender ‚Vltava‘ am Morgen des 21. 8. 1968.

²⁴⁾ Beschluß des ZK der KPC vom 25. und 26. 9. 1969, Abdruck in: Neues Deutschland vom 29. 9. 1969.

Vor allem auf seiten der SED versuchte man sofort, einen logischen Zusammenhang zwischen der Entwicklung in der Tschechoslowakei, der Konvergenztheorie und dem Einmarsch der Warschauer Pakt-Truppen zu konstruieren. Auf der 9. Tagung des SED-Zentralkomitees erklärte Erich Honecker, daß die Konvergenztheorie von aggressiven imperialistischen Kreisen benutzt werde, um ihre „Politik des Brückenschlagens“ zu den sozialistischen Ländern als Bestandteile der imperialistischen Globalstrategie und ihrer westdeutschen Variante, der „neuen Ostpolitik“, zu begründen. Sie sei ein entscheidendes Mittel der ideologischen Diversion in den sozialistischen Ländern, um „die Entschlossenheit der Werktätigen beim sozialistischen Aufbau zu schwächen und vor allem die Arbeiterklasse davon abzuhalten, rechtzeitig in ihrem Klasseninteresse die Probleme der sozialistischen Gesellschaft und der wissenschaftlich-technischen Revolution zu meistern“²⁵⁾.

Weiter heißt es dann in einem kürzlich von der Parteihochschule „Karl-Marx“ beim Zentralkomitee der SED herausgegebenen Buch „Ökonomische Gesetze im gesellschaftlichen System des Sozialismus“: „Von modernen Marxisten aufgegriffen, die neue Modelle des Sozialismus fabrizieren, erweist sich die Konvergenztheorie als gefährliches Instrument, die sozialistische Ordnung und die internationale Arbeiterbewegung von innen aufzuweichen. Dem muß eine Offensive des Marxismus-Leninismus in Theorie und Praxis entgegengesetzt werden.“²⁶⁾

In einer zur Zeit im Pressezentrum am Bahnhof Friedrichstraße in Ost-Berlin verbreiteten Broschüre kann man lesen: „Auf der anderen Seite zielt diese Konvergenztheorie natürlich darauf ab, den Sozialismus auf neue Art aufzuweichen und zu unterminieren. Daß dies das eigentliche Ziel all solcher Theorien des Monopolkapitalismus ist, wurde mehrfach während der Ereignisse in der ČSSR offen ausgesprochen ... Für einen solchen Prozeß bedarf es aber nicht des neuen Begriffs ‚Konvergenz‘. Ihn nennt man in der internationalen Arbeiterbewegung deutlich und treffend Konterrevolution. Ein solches Programm der Aushöhlung und Umstürzung der Arbeitermacht ist selbstverständlich für die DDR völlig unannehmbar, wie für jeden Kommunisten auf der Welt, dem es um den Sozialismus ernst ist.“²⁷⁾

In letzter Zeit hat sich auf dem Hintergrund der Vorbereitung und Durchführung der Kommunistischen Weltkonferenz in Moskau im Juni 1969 auch die sowjetische Propaganda des Themas ‚Breschnew-Doktrin‘ und ‚Kon-

vergenztheorie‘ angenommen. Dabei zielt die sowjetrussische Propaganda vor allem in die Richtung, die Souveränität der einzelnen sozialistischen Länder und das Prinzip des proletarischen und sozialistischen Internationalismus als eine „unzertrennliche Einheit“, als frei von Widersprüchen erscheinen zu lassen und die These von der „begrenzten Souveränität sozialistischer Länder“, also die sogenannte „Breschnew-Doktrin“, als eine westliche Erfindung und ein westliches Störmanöver hinzustellen. Beispielhaft für diesen Versuch ist ein mehrfach verbreiteter Artikel, der Ende Juli 1969 von der Moskauer Presseagentur „Nowosti“ (ANP) veröffentlicht wurde und in dem es u. a. heißt:

„Die Souveränität einer kommunistischen Partei und eines sozialistischen Landes schließt das Recht ein, die Formen und Methoden des sozialistischen Aufbaus entsprechend den nationalen Verhältnissen zu bestimmen. Zugleich erlegt die Souveränität jeder Partei und jedes sozialistischen Landes ihnen die Pflicht auf, die Macht der Arbeiterklasse und Werktätigen zu behaupten und zu schützen sowie auch alle revolutionären Errungenschaften der sozialistischen Ordnung. Die Souveränität eines sozialistischen Staates ist mit der internationalen Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft der sozialistischen Länder und der internationalen kommunistischen und revolutionären Bewegung unzertrennlich verbunden.

Es handelt sich also um die Klasseneinstellung zur Souveränität. Die Losung der Souveränität, die nicht klassenbewußt aufgefaßt wird, stellt eine feine Waffe der rechtsopportunistischen, revisionistischen und antisozialistischen Kräfte dar, eine der krassen Offenbarungen des bürgerlichen Nationalismus.

Die Schöpfer der Konvergenz, die die Formel ‚begrenzte Souveränität‘ im Umlauf setzten, versuchten offensichtlich, die internationalen Beziehungen der sozialistischen Länder einzuschränken, die sozialistische Gemeinschaft zu spalten und zu schwächen und dadurch die internationale kommunistische Bewegung zu untergraben.“²⁸⁾

²⁵⁾ Diskussionsrede auf der 9. Tagung des ZK der SED, in: Neues Deutschland vom 27. 10. 1968, S. 3.

²⁶⁾ Ebert/Koch/Matho/Milke, Ökonomische Gesetze im gesellschaftlichen System des Sozialismus, Ost-Berlin 1969, S. 143.

²⁷⁾ Wie meistern Sozialisten die wissenschaftlich-technische Revolution? — Planung, Strukturpolitik und Mitbestimmung in der DDR, herausgegeben vom Staatssekretariat für westdeutsche Fragen, 1969, S. 41 f.

²⁸⁾ Fjodor Breus, Begrenzte Souveränität — Eine propagandistische Schöpfung der Konvergenz, „Nowosti“ Moskau, Nr. 87/603 vom 28. 7. 1969.

Diese nicht nur den Tatsachen, sondern auch den innerparteilich verkündeten ideologischen Positionen widersprechende Darstellung soll offensichtlich dazu dienen, im Westen Verwirrung zu stiften und unbequemen Auseinandersetzungen über die *Breschnew-Doktrin* und die Invasion in der Tschechoslowakei zu begegnen. In diesem Zusammenhang verdient dann die kürzlich vorgelegte Dokumentation von Boris Meissner besondere Beachtung, in der er das Wesen der *Breschnew-Doktrin* erschöpfend erläutert. Meissner führt darin aus, daß die *Breschnew-Doktrin* auf eine Wiederholung der Forderung der Moskauer Zentrale auf Unterordnung der kommunistischen Parteien im Satellitenbereich hinauslaufe. Die Sowjetunion betrachtet es nunmehr schon als „Konterrevolution“ — so schreibt Meissner —, „wenn von einer regierenden kommunistischen Partei die Verwirklichung eines demokratischen Sozialismus im Sinne der reformkommunistischen Vorstellungen in einer gewaltlosen Form und unter Wahrung ihrer Bündnisverpflichtungen angestrebt wird“. Unter diesem Gesichtspunkt stelle die Gewaltaktion gegen die Tschechoslowakei auch keinen Bruch innerhalb der politischen Praxis des Sowjetkommunismus dar, weil es eine echte Wandlung in den ideologischen und außenpolitischen Auffassungen Moskaus niemals gegeben habe ²⁹⁾.

5. Die kommunistische Weltkonferenz als Forum der Auseinandersetzung mit der Konvergenztheorie — Zur Frage des Prinzips der friedlichen Koexistenz

Bevor sich *Breschnew*, der Leiter der sowjetischen Delegation auf der Weltkonferenz der kommunistischen Parteien im Juni 1969 in Moskau, mit der „Wühltätigkeit Pekings“ befaßte, kritisierte er die „revisionistischen und opportunistischen Tendenzen“ in der internationalen Arbeiterbewegung. Mit unüberhörbarer Anspielung auf die Entwicklung in der Tschechoslowakei führte *Breschnew* aus, daß der Revisionismus in der Theorie einer opportunistischen Praxis den Weg bahne, die dem antiimperialistischen Kampf unmittelbar schade. Revisionismus — so meinte er weiter — bedeute Abrücken von den proletarischen Klassenpositionen, Ersetzung des Marxismus-Leninismus durch allerlei bürgerliche und kleinbürgerliche Konzeptionen alter und modernistischer Prägung. Auf den Gegensatz von Souveränität und sozialistischem Internationalismus eingehend und damit auf die Invasion in die Tschechoslowakei anspielend, führte *Breschnew* weiter aus:

„Selbstverständlich fällt der Kampf gegen den Opportunismus und Nationalismus in diesen

oder jenen Ländern vor allem in den Kompetenzbereich der entsprechenden Bruderparteien. Aber keine von ihnen kann erfolgreich vorankommen, wenn sie nicht konsequent und entschlossen für die Reinheit der marxistisch-leninistischen Prinzipien kämpft. Wahr ist aber auch, daß sich, wenn man in diesem oder jenem Bestandteil unserer Bewegung aufhört, diesen Kampf zu führen, dies auf sie in ihrer Gesamtheit auswirkt.“ ³⁰⁾

Deutlicher und direkter äußerte sich dann *Ulbricht*, der die Delegation der SED leitete, in seiner Diskussionsrede. Die Ausführungen *Breschnews* unterstützend, meinte er:

„Typisch für die neuen Methoden des Imperialismus ist die psychologische Kampfführung, der Versuch, mit Hilfe der Konvergenztheorie die Bastionen der Arbeiterklasse und des Sozialismus aufzubrechen und das sozialistische Bewußtsein zu zersetzen. Demagogisch stellen die Imperialisten die wissenschaftlich-technische Revolution dar als Weg zur Überwindung des ‚alten Kapitalismus‘ und der angeblichen Annäherung des Monopolkapitalismus und des sozialistischen Systems. In der Tat erfolgt durch die wissenschaftlich-technische Revolution und die Konzentration der Produktivkräfte im Kapitalismus eine weitere Vergesellschaftung der Produktion. Doch damit wird nur der Beweis erbracht, daß die Herrschaft einiger tausend Monopolherren immer anachronistischer wird, die Übernahme großer Monopole und der Kampf um den Sozialismus auf der Tagesordnung steht. . . .

Der Imperialismus vermochte an jenen Abschnitten der internationalen Klassenausinandersetzung Einbrüche zu erzielen, an denen die Kampfkraft der revolutionären Kräfte im nationalen Maßstab zeitweilig gelähmt bzw. die internationale Solidarität und Einheit der progressiven Kräfte vorübergehend geschwächt war und deshalb nicht in vollem Maße wirksam werden konnte. Die sozialistische Staatengemeinschaft und die anderen mit ihr verbündeten revolutionären Kräfte waren jedoch imstande, die Angriffe des Weltimperialismus zurückzuschlagen und an einigen entscheidenden Brennpunkten des Klassenkampfes in der internationalen Arena dessen Anfangserfolge in Niederlagen umzuwandeln.“ ³¹⁾

²⁹⁾ Boris Meissner, Die *Breschnew-Doktrin*. Das Prinzip des „proletarisch-sozialistischen Internationalismus“ und die Theorie von den „verschiedenen Wegen zum Sozialismus“, Köln 1969.

³⁰⁾ Neues Deutschland vom 8. 6. 1969, S. 5.

³¹⁾ Neues Deutschland vom 10. 6. 1969, S. 3.

Wenn von kommunistischer Seite die Konvergenztheorie als Angriff auf die Grundpositionen des Marxismus-Leninismus und als Instrumentarium in der politischen Strategie des Imperialismus bezeichnet wird, so lag es nahe, auch das Verhältnis der Prinzipien der Konvergenz zum Prinzip der friedlichen Koexistenz zu untersuchen und zu klären. Dabei ist zunächst festzuhalten, daß das von *Lenin* formulierte und später von *Chruschtschow* weiter entwickelte Prinzip der friedlichen Koexistenz auf der These von der Unvermeidbarkeit des Niederganges des Kapitalismus, der Überlegenheit der sozialistischen bzw. kommunistischen Gesellschaftsordnung und dem schließlichen Endsieg des Kommunismus in der Welt basiert. Die These von der friedlichen Koexistenz beider Gesellschaftssysteme ist also keineswegs der Versuch eines politischen Interessenausgleichs und eines geistigen Nebeneinanders mit dem Westen.

Die Doktrin von der Koexistenz im Sinne der sowjet-kommunistischen Ideologie steht vielmehr im Zusammenhang mit der atomaren Bedrohung und dem atomaren militärischen Gleichgewicht: Die Sowjetunion mußte auf den Einsatz militärischer Mittel für ihre weltrevolutionären Ziele verzichten, weil das Risiko nicht zu überblicken war, und nach anderen Wegen suchen. Diese fand sie in den beiden offensiven Komponenten der Koexistenztheorie, nämlich im ökonomischen Wettlauf mit dem Westen, den sie in der Überzeugung von der Überlegenheit der kommunistischen Planwirtschaft über die marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung im Westen zu gewinnen hofft, und in der These von der Verlagerung des weltpolitischen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus/Kommunismus. Diese These schließt die Behauptung des Programms der KPdSU von 1961 ein, daß der Sozialismus/Kommunismus zur „geschichtlich bestimmenden Kraft unserer Epoche“ geworden sei.

Unter diesem Gesichtspunkt bildet natürlich die Lehre von der Konvergenz der Systeme einen unvereinbaren Widerspruch zu den Thesen von der friedlichen Koexistenz. Professor *Arno Winkler* faßte in seinem schon erwähnten Artikel „Die Konvergenztheorie — Instrument des Antikommunismus“ diese Argumentation folgendermaßen zusammen:

„Der ideologische Angriff der Konvergenztheoretiker auf Grundpositionen des Marxismus-Leninismus geschieht hier unter zwei Gesichtspunkten:

Erstens wird die Politik der friedlichen Koexistenz ihres Klassencharakters entkleidet und aus einem Mittel des Klassenkampfes in ein Mittel der Klassenversöhnung umgefälscht.

Zum Wesen der friedlichen Koexistenz kann man aber nur dann vorstoßen, wenn man vom Charakter der Epoche und der Entfaltung des Widerspruchs zwischen Sozialismus und Imperialismus ausgeht. Die geschichtlichen Erfahrungen lehren, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus kein einmaliger Akt ist. Zwischen dem Beginn dieses weltgeschichtlichen Prozesses und seiner Vollendung liegt eine ganze historische Übergangsperiode. Das aber bedeutet, daß beide Systeme für längere Zeit nebeneinander existieren. Es entsteht also die Frage nach dem Charakter der Beziehungen zwischen entgegengesetzten Gesellschaftssystemen.

Lenin hat diese Frage beantwortet, indem er das Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher gesellschaftlicher Ordnung begründete. Der hauptsächlichste Inhalt dieses Prinzips ist der Verzicht auf den Krieg als Mittel der Politik. Die marxistisch-leninistische Bestimmung des Inhalts der modernen Epoche enthält in sich zugleich, daß der Sozialismus im Klassenkampf ohne Krieg über den Kapitalismus siegen kann. Diese Möglichkeit kann aber nur dann zur Wirklichkeit werden, wenn alle Formen des Klassenkampfes um die Durchsetzung des Inhalts unserer Epoche bewußt, und zwar unter Führung der Partei, entwickelt und organisiert werden. Die Konvergenztheorie aber hemmt gerade die Durchsetzung des Prinzips der friedlichen Koexistenz dadurch, daß sie ihren Klassencharakter leugnet.

Friedliche Koexistenz ist ein Prinzip der Außenpolitik. Die Mittel dieser Politik sind in erster Linie die des ökonomischen Wettbewerbs zwischen Sozialismus und Kapitalismus, aber in bezug auf die politischen, ideologischen und ökonomischen Entwicklungen des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus kann es keine Koexistenz, keine Neutralität und Überbrückung im Sinne der Koexistenz geben.

Zweitens soll die Vermengung von Koexistenz und Konvergenz von den antagonistischen Gegensätzen zwischen Sozialismus und Kapitalismus ablenken. Die friedliche Koexistenz wird als Methode der Konfliktkanalisierung zwischen gleichwertigen, versöhnbaren sozialen Systemen dargestellt. Damit schließt sich der Kreis. Ausgangs- und Endpunkt der Konvergenztheorie ist die Leugnung der objektiven Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung, die Verfälschung der wesensbestimmenden Merkmale des Sozialismus und des Kapitalismus.“³²⁾

³²⁾ Staat und Recht, Nr. 5/1969, S. 722 ff.

Übereinstimmendes Ziel aller wirtschaftlichen Reformbestrebungen in den sozialistischen Ländern ist es, daß noch aus der *Stalin*-Ära stammende Wirtschaftssystem zu modernisieren, leistungsfähiger zu machen und so die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Wettlauf mit dem Westen zu schaffen. Als Mittel der Wirtschaftsreform kommen in Betracht:

- a) Verbesserung der Methoden der Planung und Leitung der Wirtschaft;
- b) größere Selbständigkeit und erhöhte Eigeninitiative der Betriebe;
- c) Entwicklung eines Lohn- und Gehaltssystems mit Anreiz zur qualitativen und quantitativen Steigerung der Produktion und
- d) Neugestaltung des Preissystems unter stärkerer Berücksichtigung der Kostenfaktoren und der Marktsituation.

Sehr schnell zeigte sich nun, daß die Wirtschaftsreform von den dahinterliegenden ideologischen und gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen kaum zu trennen war, so daß tiefgehende Differenzen in bezug auf die einzuschlagenden Wege, das anzuwendende Instrumentarium und die weiteren Zielsetzungen der Reform zutage treten mußten.

So lassen sich heute hinsichtlich der Wirtschaftsreform zwei Gruppen von Ländern unterscheiden. Zur ersten Gruppe, der reformfreudigen, wird man außer Jugoslawien vor allem die Tschechoslowakei bis zur Okkupation im August 1968 und Ungarn zu rechnen haben. In diesen Ländern wird der Schwerpunkt

der Wirtschaftsreform auf die Verselbständigung der Betriebe und die Umgestaltung des Preissystems — und wenn erreichbar auch des Währungs- und Verrechnungssystems —, also auf den Einbau marktwirtschaftlicher Elemente in das sowjetsozialistische Wirtschaftsmodell, gelegt. Ihren konsequentesten Fürsprecher fanden diese Vorstellungen in dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der ČSSR während der Ära *Dubček*, Professor *Ota Šik*, den man gleichzeitig als Schöpfer der tschechoslowakischen Wirtschaftsreform bezeichnen kann. Für das von ihm entwickelte Modell prägte er den Begriff „Sozialistische Marktwirtschaft“³³⁾.

Dieser Gruppe steht nun eine andere gegenüber, zu der man außer der UdSSR und der DDR alle nicht zur ersten Gruppe gehörenden Länder des sowjetischen Herrschafts- und Kontrollbereiches rechnen muß.

1. Die Doktrinäre in Moskau und Ost-Berlin — Angriffe gegen *Ota Šik*

Nun ist unschwer einzusehen, daß eine Wirtschaftsreform, die als entscheidenden Schritt den Einbau marktwirtschaftlicher Elemente beinhaltet und als Endziel eine „sozialistische Marktwirtschaft“ ansteuert, den Gedanken einer Konvergenz mit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung im Westen tatsächlich nahelegt. Auf seiten der doktrinären Marxisten bzw. Neoleninisten mußte ein solcher wirtschaftlicher Reformversuch in dem Augenblick auf heftigsten Widerstand stoßen, als man, wie in der Tschechoslowakei, mit seiner Verwirklichung ernst zu machen begann, sich nicht mehr mit theoretischen Erörterungen begnügte und auch vor den weitergehenden gesellschaftlichen und politisch-ideologischen Voraussetzungen und Schlußfolgerungen nicht halt machte³⁴⁾.

Es war daher nur folgerichtig, daß sich die Angriffe aus Moskau und Ost-Berlin zunächst einmal auf *Ota Šik* und das von ihm konzipierte Wirtschaftsmodell konzentrierten. So behauptete die sowjetische Nachrichtenagentur TASS unter dem 5. September 1968, daß das von *Šik* und anderen Reformern entwickelte neue ökonomische Modell darauf abziele, die ČSSR wieder in den Kapitalismus zurückzuführen und die Gefahr der Arbeitslosigkeit und der ausländischen Ausbeutung in sich berge. Ein paar Tage später erneuerte das sowjetische Regierungsorgan „*Iswestia*“ die Angriffe gegen *Ota Šik* mit der Behauptung, daß die Autoren des neuen ökonomi-

³³⁾ *Ota Šik*, Plan und Markt im Sozialismus, Wien 1967, und ders., Fakten der tschechoslowakischen Wirtschaft, Wien-München-Zürich 1969.

³⁴⁾ In diesem Zusammenhang verdient Erwähnung, daß z. B. die Erkenntnisse der SED über die Gefährlichkeit der Reformvorstellungen von *Ota Šik* erst neueren Datums sind und praktisch vom Frühjahr 1968 datieren. Noch im Jahre 1966 hatte der der SED gehörende Dietz-Verlag in Ost-Berlin *Ota Šiks* Buch „Ökonomie — Interessen — Politik“ verlegt. Das Vorwort schrieb der Direktor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED: „*Ota Šiks* Buch zählt auf dem Gebiet der Ökonomie zu den ersten größeren theoretischen Arbeiten, die sich mit dieser Frage befassen und dazu einen bedeutenden Beitrag leisten. Der Vorzug besteht hierbei wie auch in den anderen Teilen des Buches darin, daß die Analyse der Interessen nicht einseitig erfolgt, sondern stets als ökonomisch-philosophisches Problem betrachtet wird. — Es ist zu wünschen, daß die vorliegende deutsche Ausgabe bei den Lesern nicht nur Interesse findet, sondern auch viele Impulse für die Forschungstätigkeit auslöst.“

schen Modells in der Tschechoslowakei Grundprinzipien der sozialistischen Wirtschaftsführung wie den demokratischen Zentralismus, die staatliche Planung und den sozialistischen Wettbewerb verworfen hätten, der Marktbasis der Wirtschaft das Wort redeten und die planmäßige Leitung der Wirtschaft negierten. Dieses neue Modell hätte bereits zur Verlangsamung des wirtschaftlichen Entwicklungstempos, zu Arbeitslosigkeit und steigenden Lebenshaltungskosten geführt, und auch die Praxis in Jugoslawien hätte zu einem anarchistischen System geführt³⁵).

Die SED hatte in ihrem theoretischen Organ „Einheit“ bereits vorher den tschechoslowakischen Wirtschaftsreformern den Vorwurf gemacht, die Thesen der Konvergenztheorie übernommen zu haben. In einer Polemik gegen die Veröffentlichungen eines Autorenkollektivs in „Rudé Právo“ vom 10., 11. und 12. Juli 1968 zum Thema „Vor der Entscheidung über das neue tschechoslowakische Modell des Sozialismus“ hatte die „Einheit“ geschrieben:

„Im ideologischen Klassenkampf der Gegenwart spielt die von bürgerlichen Ideologen verbreitete und auch von einigen ‚marxistischen‘ Publizisten aufgegriffene Theorie der ‚Konvergenz‘, der Annäherung von Sozialismus und Kapitalismus, eine große Rolle. ... Diese ‚Theorie‘ wird auch von ‚modernen‘ Marxisten aufgegriffen, die insbesondere die politische Macht der Arbeiterklasse, die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei, die sozialistische Demokratie und die Planwirtschaft durch eine ‚Kontrolle der Macht auf der Grundlage der Partnerschaft ...‘, der Konfrontation und der Opposition‘, durch einen ‚Selbstverwaltungsdemokratismus‘ sowie eine ‚vom Kuratel des Staates‘ getrennte Wirtschaft und andere dem Sozialismus systemfremde Elemente ersetzen wollen.“³⁶)

2. Budapest — Das ungarische KP-Organ propagiert die „sozialistische Konsumgesellschaft“

Ein von der doktrinären Haltung in Moskau und Ost-Berlin deutlich abweichender Standpunkt ließ sich im Oktober 1969 dem Organ der Ungarischen Kommunistischen Partei „Népszabadság“ entnehmen. Zwar bekannte sich das Blatt nicht ausdrücklich zur Konvergenztheorie, wohl aber plädierte es dafür, der „kapitalistischen Konsumgesellschaft“ eine „sozialistische Konsumgesellschaft“ entgegenzustellen und räumte ein, daß die kapitalistische Wirtschaft in den am weitesten entwickelten westeuropäischen und überseeischen Ländern

eine Stufe der Entwicklung erreicht habe, auf der sie in der Lage sei, für die große Mehrheit der Bevölkerung einen hohen Lebensstandard zu gewährleisten. Die moderne kapitalistische Wirtschaft versorge den einzelnen und die Familien heute massenweise auch mit solchen Gütern, über die früher nur eine dünne, wohlhabende Schicht verfügte. Die Läden seien voller Waren, das Sortiment werde ständig verbreitert und in vielen Ländern zählten Personenwagen nicht mehr zum Luxus.

Diese Änderungen im hochentwickelten Kapitalismus — so führt das ungarische Parteiblatt weiter aus — könnten auch für die sozialistischen Länder nicht gleichgültig sein. Auch die Bewohner sozialistischer Länder wollen jene Waren kaufen, die in kapitalistischen Ländern dazu dienen, das Leben zu erleichtern und die Mühsal des Alltags zu mildern. Auch sie wollten mehr verbrauchen und bessere Waren kaufen. Es gebe keine kapitalistischen Autos und keine sozialistischen Autos — es gebe nur Autos, die Menschen in allen Teilen der Welt gleichermaßen gern besäßen.

„Népszabadság“ geht dann auf die heikle Frage der Konvergenztheorie ein, wobei der Unterschied gegenüber den doktrinären Auffassungen besonders in der KPdSU und SED und der ideologische Differenzierungsprozeß innerhalb des sozialistischen Lagers deutlich wird. Während kapitalistische Ideologen die Behauptung aufstellen, so heißt es, das kapitalistische Konsummodell werde sich auch in den sozialistischen Ländern — unabhängig von den Eigentumsverhältnissen — verwirklichen, hätten es die sozialistischen Propagandisten bis jetzt unterlassen, dem Modell der kapitalistischen Überflußgesellschaft das Modell der sozialistischen Überflußgesellschaft entgegenzustellen. Es sei offensichtlich, daß für Sozialisten nicht die kapitalistische Verbrauchergesellschaft das nachzuahmende Vorbild sei. Es sei aber genauso offensichtlich, daß auch Sozialisten kein anderes Ziel hätten, als die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Es ginge zum Beispiel im Sozialismus nicht an, daß der Durchschnittsbürger durch die erbitterte Konkurrenz um den Verbraucher ständig gezwungen werde, immer neue Waren zu kaufen.

Man müsse den Umstand berücksichtigen, daß die vollkommeneren Gesellschaft des Sozialismus in schwach oder mittelmäßig entwickelten Ländern entstanden sei. Es sei also verständlich, daß es noch nicht gelungen sei, die

³⁵) Neues Deutschland vom 25. 9. 1968: Der Zerrspiegel von Šik und anderen.

³⁶) Stoljarow/Rum, in: Einheit, 10/1968, S. 1247.

entwickelten kapitalistischen Länder im Pro-Kopf-Verbrauch einzuholen. Es müsse also ein Modell der sozialistischen Verbrauchergesellschaft entwickelt werden, das auf der Annahme basiere, daß die sozialistischen Länder in 15 bis 20 Jahren — also etwa 1985 bis 1990 — den heutigen Entwicklungsstand der entwickelten westeuropäischen Länder erreichen werden ³⁷⁾.

3. Das Memorandum Professor Sacharows

Im Sommer 1968, kurz vor der Intervention und in der Phase der sich verschärfenden Auseinandersetzungen mit den tschechoslowakischen Reformern kursierte unter Wissenschaftlern und Intellektuellen in Moskau ein ohne Genehmigung der Zensurbehörden veröffentlichtes Manuskript, das die Überschrift trug: „Gedanken über Fortschritt, friedliche Koexistenz und Gedankenfreiheit“. Verfasser dieses Manuskripts war der 47jährige Professor Andrei Dmitriewitsch *Sacharow*. Der Verfasser, Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Kernphysiker und Inhaber des Lenin-Ordens und Stalin-Preisträger, leistete 1950 — zusammen mit Professor *Tamm* — einen wichtigen theoretischen Beitrag zur Verwirklichung kontrollierter thermonuklearer Reaktion.

In seiner Studie befaßt sich *Sacharow* mit der Möglichkeit der Annäherung zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten in den kommenden 30 bis 35 Jahren. Nur in einer solchen Annäherung der beiden Supermächte sieht er die Möglichkeit, die Gefahren abzuwenden, die der Menschheit drohen. Diese Gefahren sind für ihn ein Krieg mit Wasserstoffbomben, Überbevölkerung und Hunger in der ärmeren Hälfte der Welt, chemische Vergiftung des Lebensraumes, in dem der Mensch existiert, die Aufrichtung von Polizeistaaten nach dem Vorbild *Hitlers, Stalins und Maos* und die Beseitigung der Gedankenfreiheit.

Der sowjetische Atomphysiker bezeichnete die Entwicklung in der Tschechoslowakei als ein bedeutsames Experiment bei der Suche nach einem dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus und fordert die sowjetische Führung auf, die Prager Initiative politisch und finanziell zu unterstützen. In seiner Vorschau auf die mögliche Weltentwicklung in den nächsten Jahrzehnten wird China nur insofern erwähnt, als der sowjetische Autor die — wie er sagt — monströsen und in grotesker Weise tragikomischen Formen des Maoismus verurteilt und bemerkt, der Maoismus habe zahlreiche Aspekte des Stalinismus und des Hitle-

ismus ad absurdum geführt. Wörtlich schreibt *Sacharow*:

„Die Entwicklung der modernen Gesellschaft sowohl in der Sowjetunion als auch in den Vereinigten Staaten ist heute auf gleiche Weise geprägt von der komplexen Struktur des industriellen Managements. In beiden Ländern sind Managergruppen entstanden, die sich in ihrem sozialen Charakter, ähneln.

Wir müssen daher anerkennen, daß es keine qualitativen Unterschiede in der Gesellschaftsstruktur der beiden Länder entsprechend der Konsumverteilung gibt. . . .

Die Annäherung an die kapitalistische Welt sollte keine prinzipienlose, antipopuläre Verschwörung zwischen herrschenden Gruppen sein, wie es im extremen Fall der sowjetisch-nazistischen Annäherung 1939/40 der Fall war. Eine solche Annäherung muß nicht nur auf einer sozialistischen, sondern auf einer demokratischen Grundlage beruhen, unter der Kontrolle der öffentlichen Meinung, wie sie sich in Wahlen und Publikationen äußert. . . .

Die Geistesfreiheit wird den Weg zu dieser Einsicht, zu Geduld, Elastizität und Sicherheit vor Dogmatismus, Furcht und Abenteuer erleichtern und glätten. Die ganze Menschheit, einschließlich ihrer am besten organisierten und aktivsten Kräfte, der Arbeiterklasse und der Intelligenz, begehrt Freiheit und Sicherheit.“ ³⁸⁾

Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß das Auftauchen dieses Manuskripts mit eines der Motive der sowjetischen Parteiführung für ihr Interesse an der Konvergenztheorie und für die aggressive Propaganda gegen diese Theorie bildete. Dafür sprechen die Stellungnahmen zu dem von *Sacharow* verfaßten Manuskript und die einleitende Bemerkung des Verfassers, daß seine Anschauungen im Milieu der wissenschaftlichen und technischen Intelligenz der Sowjetunion geprägt worden seien.

Dieser Tatbestand wurde im Oktober 1969 durch den ebenfalls bekannten sowjetischen Physiker *Kapitza* ³⁹⁾ weitgehend bestätigt. An-

³⁷⁾ Népszabadság (Sonntagsbeilage) vom 26. 10. 1969.

³⁸⁾ Das Memorandum Sacharows wurde zunächst in der New York Times veröffentlicht und später in vollem Wortlaut in der Hamburger Wochenzeitschrift DIE ZEIT (Juli 1968) abgedruckt.

³⁹⁾ Kapitza, der weit über die Grenzen der Sowjetunion hinaus Ansehen genießt, ist ein Schüler von Lord Rutherford in Cambridge. Der heute 75jährige verlor unter Stalin 1946 seine Stellung als Direktor des Physikalischen Instituts in Moskau und wurde erst 1955 wieder in seine alte Funktion eingesetzt.

länglich einer Reise durch die USA äußerte sich *Kapitza* zum Thema „Die unvermeidliche Annäherung zwischen der Sowjetunion und den USA“. Auf das Essay von *Sacharow* eingehend führte er aus, daß es sich mit der wichtigsten

aller Fragen, dem Frieden zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion befasse, und er betonte, daß er *Sacharows* Konzept der Annäherung zwischen der UdSSR und den USA für richtig halte.

Zusammenfassung

In der jüngeren Vergangenheit ist die sogenannte Konvergenztheorie zu einem der zentralen Themen der Propaganda und politischen Auseinandersetzungen auf sowjetkommunistischer Seite geworden. Diese Theorie besagt, daß die heute noch getrennten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnungssysteme in Ost und West im Zuge des fortschreitenden Industrialisierungsprozesses immer ähnlicher werden — konvergieren — und sich im Ergebnis dieses Prozesses eine einheitliche Industriegesellschaft als Hybridform herausbildet. Diese Theorie ist sowohl auf westlicher Seite als vor allem auch auf Seiten doktrinärer Marxisten auf heftigen Widerspruch gestoßen.

Aber während die Lehre von der Konvergenz der Systeme im Osten zunächst kaum beachtet wurde, änderte sich die Situation um die Jahreswende 1967/68. Der Grund hierfür lag in dem verstärkten politischen und ideologischen Erosionsprozeß innerhalb des sowjetsozialistischen Lagers, wie er im besonderen an der Entwicklung in der Tschechoslowakei sichtbar wurde. Im Zuge der Abwehr dieser Tendenzen durch Moskau und seine Verbündeten wurde die Konvergenztheorie umgedeutet zur ideologischen Basis des aggressiven Imperialismus,

zum bewußt eingesetzten Mittel des Klassenkampfes gegen das sozialistische Lager sowie zum Instrumentarium der ‚neuen Ostpolitik‘.

Daneben spielten auch innenpolitische Gründe eine wichtige Rolle. Der seit 1963/64 in Gang gekommene Prozeß der Wirtschaftsreform legt mit dem Einbau marktwirtschaftlicher Elemente in das überkommene stalinistische Wirtschaftssystem den Gedanken einer Konvergenz der Systeme nahe. Wollte man demgegenüber die führende Rolle der Partei und die Machtposition ihrer Funktionäre behaupten, so mußte die Lehre von der Konvergenz aufs schärfste bekämpft und statt dessen eine zunehmende Divergenz der Systeme propagiert und bewiesen werden.

Für die SED spielte in diesen Auseinandersetzungen um die Konvergenztheorie noch die durch die besondere Situation im geteilten Deutschland gegenüber den übrigen Ostblockstaaten geschwächte Position der Partei eine Rolle. Das Memorandum des sowjetischen Atomwissenschaftlers Professor *Sacharow* zeigte, daß die Idee eines friedlichen Ausgleichs und einer konvergierenden Entwicklung auch unter sowjetischen Wissenschaftlern und Intellektuellen offenbar eine gewisse Resonanz gefunden hat.

Der Kommunismus in Asien

I. Der Kommunismus im asiatischen Kräfteparallelogramm

An der Partie, die sich auf dem Schachbrett des vielfältigen Kontinents Asien abspielt, sind seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zahlreiche Personen und Ideen beteiligt, die sich in ihrer Vielfalt kaum auf einen einzigen Nenner bringen lassen. Der Kommunismus macht in diesem Kräfteparallelogramm nur ein einzelnes Bündel aus. Neben ihm wirken Neutralismus, Nationalismus sowie ein gewisser „Globalismus“, der sich in der Rolle der Vereinten Nationen manifestiert, gar nicht zu reden von dem Einfluß der Großmächte, die mit mehr oder weniger geringem Erfolg das eine oder andere Land in ihr „östliches“ oder „westliches“ Lager zu ziehen versuchen¹⁾.

Aber selbst in dieser verhältnismäßig eingegengten Position gibt es kaum den Kommunismus, der sich als Inbegriff einer einheitlichen Bewegung ausgeben dürfte: Hat doch die Kettenreaktion, die seit Stalins Tod den „Weltkommunismus“ immer stärker aufspaltet, auch vor Asien nicht haltgemacht: Allzu verschiedenartig sind dort die kulturellen, rassischen, sprachlichen und sozialen Gegebenheiten. Alles in allem war es aber nicht nur die sozio-kulturelle Umwelt, die dem kommunistischen Polyzentrismus in Asien Vorschub leistete, sondern vor allem auch der Aufstieg Rot-Chinas zu einem zweiten kommunistischen Mekka und der daraus entstehende Konflikt zwischen Peking und Moskau, dessen Auswirkungen unten²⁾ noch näher darzulegen sind.

Der Kommunismus hat sich damit nicht nur „orientalisiert“³⁾, sondern schillert bereits in noch differenzierteren Abstufungen: Möglicherweise wird die Koreanisierung und Vietnamisierung eines Tages semantisch genau so möglich sein wie die schon heute überall akzeptierte „Sinisierung“ des Kommunismus. Gerade das nordkoreanische Beispiel mag eine eindrucksvolle Illustration davon geben, wie ein Staat nach und nach seine Handlungsfreiheit zurückbekommen kann: Von 1945 bis 1949 reagierte es gehorsam auf jeden Wink

Mit freundlicher Genehmigung des Instituts für Internationale Solidarität wird dieser Beitrag als Vorabdruck aus Bd. 7 der Schriftenreihe des Instituts veröffentlicht. Der Band erscheint in Kürze unter dem Titel „Kommunistische Herrschaftssysteme in Theorie und Wirklichkeit“ im v. Hase & Koehler-Verlag, Mainz.

Stalins, schwenkte aber dann nach dem Korea-Krieg ebenso vorbehaltlos ins Lager Pekings. Nach dem Bruch zwischen Moskau und Peking machte es sich eine Haltung der „passiven Neutralität“ zu eigen, bei der es sich geschickt jeder Parteilichkeit und jeder eigenen Stellungnahme entzog. Nach 1961 fand die nordkoreanische Parteiführung dann den Mut zu selbstbewußtem ideologischen Eklektizismus und damit zu einer „aktiven Neutralität“⁴⁾.

Diese gerade in Asien so bemerkenswerte Aufspaltung der einst so monolithischen und homogenen kommunistischen Bewegung in einen schillernden Pluralismus ist vielleicht „die bedeutungsvollste und nachhaltigste Auswirkung des historischen Kampfes in der kommunistischen Welt“⁵⁾. Unter diesen Umständen ist es fast unmöglich, von einem „asiatischen Kommunismus“ zu sprechen. Nur mit großer Vorsicht seien deshalb einige Phänomene angedeutet, deren gemeinsamer Nenner vor allem in dem Schicksal liegt, das allen vorindustriellen Gesellschaften im Laufe ihres Umbruchs eigen ist und das deshalb auch auf den Charakter des Kommunismus abfärbt.

1) Cum grano salis läßt sich folgende Dreiteilung geben:

a) westliches Lager: Japan (bilateral mit USA), Malaysia (unter dem Schutz der SEATO), Pakistan (SEATO, CENTO), Philippinen (SEATO), Südkorea (bilateral mit USA), Südvietnam (unter dem Schutz der SEATO), Nationalchina/Taiwan (bilateral mit USA), Thailand (SEATO).

b) östliches Lager: Äußere Mongolei, Rot-China, Nordkorea, Nordvietnam.

c) Neutrale (mit überwiegender Hinwendung zum östlichen oder westlichen Lager): Birma, Ceylon, Indien, Indonesien, Kambodscha, Laos, Nepal, Singapur.

Singapore wird „zunehmend neutraler“, vgl. Keith Buchanan, *The South East Asian World*, London 1967, S. 1078. Kambodscha und Laos wurden zwar von der SEATO unter die Fittiche genommen, lehnten diesen Schutz aber seit 1964 bzw. 1962 ab.

2) Vgl. unter Kap. IV.

3) Harry Benda, *Reflections on Asian Communism*, Yale University Reprint Series Nr. 17, New Haven 1966, S. 5; ursprünglich publiziert in „*The Yale Review*“ Vol. LVI, Okt. 1966, Nr. 1.

4) Näheres bei M. Y. Cho, *Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Peking und Pyongyang*, Schriften des Instituts für Asienkunde in Hamburg, Bd. 20, Wiesbaden 1967, S. 21 ff., 52 ff., 43 ff.

5) Donald S. Zagoria, *Some Comparisons Between the Russian and Chinese Models*, in: A. Doak Barnett, Hrsg., *Communist Strategies in Asian*, New York-London 1963, S. 32.

II. Die kommunistischen Parteien Asiens

1. Ihre Stellung in den einzelnen Staaten

In den zwanzig Staaten, die hier untersucht werden⁶⁾, hat der Kommunismus beträchtlich abgestufte Chancen: In vier Ländern bildet er die Ideologie der Regierung, in fünf Staaten spielen die kommunistischen Parteien eine wichtige Rolle im Willensbildungsprozeß und in weiteren elf Staaten schließlich lebt der Kommunismus in der Illegalität.

a) Die Staaten, die kommunistisch regiert werden (Volksrepublik China, Nordkorea, Nordvietnam, Mongolische Volksrepublik), stellen sich geopolitisch als kompakter kontinentaler Block dar, dessen geographischen Umrissen die Insel- und Halbinselgruppen Japan, Südkorea, Formosa, die Ryukyus, die Philippinen, Südvietnam, Malaysia und Thailand als maritime pro-westliche Front vorgelagert sind. Soweit diese Frontlinie Lücken aufweist, werden diese durch eine weitere Kette neutral orientierter Staaten (Indien, Ceylon, Birma, Indonesien und Kambodscha) ausgefüllt.

Keiner von den vier kommunistisch regierten Staaten weist die sozio-kulturellen Voraussetzungen auf, die Marx für ein kommunistisches Regime postuliert hat. Trotzdem ist die Kontinuität der kommunistischen Parteien dort nicht unbeträchtlich: Sie wurden in den zwanziger und dreißiger Jahren gegründet (Äußere Mongolei: 1920, China: 1921, Korea: 1925, Vietnam: 1930) und haben in den vierziger und fünfziger Jahren die Macht im Staat übernommen (China: 1949, Nordkorea: 1945, Nordvietnam: 1954). Die Äußere Mongolei macht hier eine gewisse Ausnahme, da sie sich bereits 1921 als Volksrepublik und erster kommunistischer Staat Asiens etablierte.

b) In Indien, Ceylon, Laos, Kambodscha und Japan haben sich die kommunistischen Parteien in der Legalität behaupten können, vermögen aber freilich — von Laos abgesehen — nur eine regional sehr begrenzte Rolle zu spielen.

c) In den übrigen elf Staaten (Birma, Indonesien, Malaysia, Nepal, Südvietnam, Südkorea, Pakistan, Philippinen, Singapur, Taiwan und Thailand) mußten die lokalen kommunistischen Parteien in die Illegalität untertauchen, wo sie sich — von Taiwan und Südkorea abgesehen — zum Teil recht wirksam arrangieren konnten.

2. Die einzelnen Probleme der kommunistischen Parteien

a) Illegalität

13 von 19 kommunistischen Parteien sind vor dem Jahre 1937, also bis zum Vorabend des

Zweiten Weltkrieges, gegründet worden. Damals harmonisierten ihre ideologische Ausrichtung und ihr nationales Interesse, die beide gegen den „Imperialismus“ gerichtet waren, so daß sie mit den „bourgeois“ Parteien am gleichen Strang ziehen konnten. Nach dem Krieg und zumeist auch erst nach Erringung der Souveränität (Birma: 1948, Indonesien: 1946, Pakistan: 1947, Südvietnam: 1954) wurden sieben der kommunistischen Parteien verboten. Sie hatten ihre Schuldigkeit getan und konnten gehen, zumal sie sich mit einer Zielstrebigkeit um die Macht bewarben, die ihren „bourgeois“ Kontrahenten unheimlich sein mußte. Es wiederholte sich damit dasselbe Vereinigungs- und Trennungsschema wie bereits vorher in der Türkei und im Irak.

b) Regionalität

Soweit die kommunistischen Parteien nicht staatstragend sind, bleibt ihr Wirkungsgebiet im allgemeinen auf relativ schmale Regionen beschränkt (vgl. Spalte 7 der Tabelle). Meist handelt es sich bei den Schwerpunktgebieten um soziale Spannungsfelder, in denen die Kommunisten das Krisenmanagement in die Hand nehmen können. Arme Grenzgebiete (Nordost-Thailand, Nord-Borneo), Städte und Provinzen mit einem hohen Anteil arbeitsloser Intellektueller (Osaka, Tokyo, Kyoto, Singapur, Rangun, Colombo, Manila), Areale mit ethnologischem Explosivstoff (etwa die Nagas und Mizos in Indien, die verschiedenen Sprachgruppen im malayisch-indonesischen Grenzgebiet in Sarawak) und Bevölkerungsteile, die ausländischen Einwirkungen besonders zugänglich sind (zum Beispiel die Bauern von Naxalbari gegenüber China) bieten sich als Kristallisationspunkte für den Kommunismus an. Eine gewisse Ungeschicklichkeit, die — mit Ausnahme von Mao Tse-tung — fast sämtliche asiatische Staatsführer im Umgang mit der ihnen weitgehend fremden und vielfach rätselhaften Landbevölkerung zeigen und die das Problem des „vergessenen Dorfes“ verstärkt hat, erleichtert diesen Zugriff des Kommunismus.

c) Orientierung (Peking, Moskau?)

Besonders heikel ist die Frage der „Orientierung“ (Spalte 5). Mögen vor wenigen Jahren die Fronten hier noch klar gewesen sein, so verwischen sich diese Differenzen neuerdings immer mehr. Die japanische KP zum Beispiel hatte bis 1966 einen klaren prochinesischen

⁶⁾ Vgl. Anm. 1.

Kurs gesteuert. Formell schwenkte sie seit Beginn der Kulturrevolution zwar auf die sowjetische Seite ein, in Wirklichkeit jedoch wird ihre Ausrichtung immer „japanischer“⁷⁾. Ähnliche Pendelbewegungen lassen sich in der Haltung Nord-Koreas nachweisen⁸⁾. Besonders stark ist die Fieberkurve der vietnamesischen KP und der Nationalen Befreiungsfront (NLF). Nationale Interessen (Waffenlieferungen, Friedensgespräche in Paris) haben die dortigen Kommunisten immer stärker in die Arme Moskaus getrieben, obwohl man eigentlich erwarten sollte, daß der respektierte und gefürchtete nördliche Nachbar China die gesamte Aufmerksamkeit seines traditionellen Satelliten absorbieren müßte.

Diese Entwicklung zum „passiven“ oder gar „aktiven“ Neutralismus ist nicht selbstverständlich, wenn man die Frühgeschichte der Komintern betrachtet. Insbesondere seit der Machtübernahme durch Stalin wurden die örtlichen kommunistischen Parteien zu „Hilfstruppen Moskaus“⁹⁾, die indirekt das „Vaterland des Weltproletariats“, die Sowjetunion, in ihrer Außenpolitik unterstützten, wie etwa das Beispiel der indischen KP zeigte, die auf Anweisung der Sowjetunion nicht mehr am Unabhängigkeitskampf gegen England (Rußlands Verbündeten im Zweiten Weltkrieg) teilnahm¹⁰⁾. Der weltpolitische Wendepunkt kam erst 1949, als das chinesische Festland kommunistisch wurde und vor allem mit dem Tode Stalins, der die Ära des kommunistischen Block-Denkens abschloß und den Widerstand gegen eine elastischere Koexistenzpolitik, vor allem neutralen Ländern gegenüber, beendete¹¹⁾. Endlich war damit die Parteidisziplin der Dritten Internationale (Komintern), die dem Patriotismus manchmal jahrzehntelang im Wege gestanden hatte, beseitigt, und die Kommunisten konnten ihrer eigentlichen Bestimmung, der „vaterländischen Revolution“, nachkommen¹²⁾.

7) Sheldon Simon, Maoism and Interparty Relations: Peking's Alienation of the Japanese Communist Party, in: China Quarterly 1968 Nr. 35, S. 42, 54.

8) Vgl. Anm. 4.

9) H. J. Winkler, Südostasien von Pakistan bis Korea, Berlin 1964, S. 43.

10) Ebenda.

11) Für die Nachkriegszeit gibt Roger Swearingen (Technics of Communist Aggression and the Moscow-Peking Axis, in: Philipp W. Thayer, Hrsg., Nationalism and Progress in Free Asia, Baltimore 1956, S. 309 ff.) ein dreifaches Strategieschema: a) 1945—1947: „rechte“ Strategie vereinigt von oben (die Kommunisten arbeiten mit den Nationalisten zusammen, z. B. in Vietnam und in Indien); b) 1948—1949: „linke“ Strategie, vereinigte Fronten von unten, bewaffnete Aufstände. Die Zusammen-

INHALT

I. Der Kommunismus im asiatischen Kräfteparallelogramm

II. Die kommunistischen Parteien Asiens

1. Ihre Stellung in den einzelnen Staaten
2. Die einzelnen Probleme der kommunistischen Parteien
 - a) Illegalität
 - b) Regionalität
 - c) Orientierung (Peking, Moskau?)
 - d) Machtergreifungsschema
 - e) Intellektuelle Elite
 - f) Führungsstruktur

III. Chancen und Hindernisse für den Kommunismus in Asien

1. Die Chancen
 - a) Psychologisch
 - b) Politisch
 - c) Wirtschaftlich
 - d) Staatsbildend
2. Die Hindernisse
 - a) Tradition, Religion, politisches Denken und Nationalismus als Konkurrenten
 - b) Gegnerschaft der Armeen
 - c) Entstehung des Mittelstandes
 - d) Fehlen charismatischer Führergestalten

IV. Der asiatische Kommunismus in der Auseinandersetzung

1. Die Differenzen zwischen Moskau und Peking
 - a) Das sozio-ökonomische Gefälle zwischen Moskau und Peking
 - b) Die ideologischen Auswirkungen dieser Differenzen
2. Aussichten des sowjetischen Wegs nach Asien
3. Aussichten des „chinesischen Wegs“ in Asien
 - a) Subversion und Volkskrieg als Mittel
 - b) Hua-chiao als Fünfte Kolonne
4. Die wahrscheinliche Entwicklung: Der „dritte Weg“ in Asien

V. Zusammenfassung

menarbeit mit den Nicht-Kommunisten hört auf: Aufstände in Indien, Birma, Malaya, Indonesien, Indochina und auf den Philippinen; c) 1950—1955: maoistische Revolution; vereinigte Fronten von unten, bewaffnete Aufstände (Guerrillas), flexibel gekoppelt mit der „friedlich-maoistischen“ Vier-Klassen-Formel der „neuen Demokratie“: in Pakistan, Indien, Ceylon und Birma bahnt sich in diesen Jahren ein „friedlicher“ Weg der Zusammenarbeit an.

¹²⁾ Erläutert etwa am Beispiel Ho Chi Minh's vgl. Jean Lacouture, Ho Chi Minh, Frankfurt/Main, S. 78 ff.

d) Machtergreifungsschema

Gibt es eine Technik der Machtergreifung, die allen Bewegungen des asiatischen Kommunismus gemeinsam ist? Aus systematischen Gründen sei vorausgeschickt, daß sich aus der Vielfalt revolutionären Geschehens im Asien der Neuzeit drei Formen der Revolution herauschälen lassen:

Neben der „japanischen“ Methode der „Revolution von oben“, die jedoch den überkommenen Gesellschaftsapparat unangetastet läßt, und der „nationalistischen Methode“, die eine fortschrittliche Partei gegen ein herrschendes Regime im Namen nationaler Befreiung und sozialer Revolution nach westlichem und liberalem Vorbild führt (zum Beispiel die Kuomintang in China, die Kongreßpartei in Indien), erweist sich die Revolution kommunistischer Observanz nur als eine von mehreren Möglichkeiten¹³⁾.

Kann deshalb der Kommunismus schon nicht das Monopol der Revolution in Asien für sich in Anspruch nehmen, so fragt sich, ob es wenigstens innerhalb seiner Marschroute eine Revolutionsmethode gibt, die einheitlich genannt zu werden verdient. Scalapino¹⁴⁾ sucht diese Frage zu beantworten, indem er die fünf Stadien der Machtergreifung in China zu einem taktischen Revolutionsschema emporstilisiert, dem er zwar nicht *expressis verbis*, wohl aber *de facto* Modellcharakter für ganz Asien beimessen möchte. Aus drei Gründen kann dieser Annahme nicht gefolgt werden:

Einerseits ist dieses Fünf-Stadien-Schema — zumindest in seiner dürren Abstraktheit — keine asiatische Spezialität: Aufbau der Partei nach sowjetischem Vorbild (1. Stadium), Erweiterung der Partei von einer Verschwörung zu einer Massenorganisation (2. Stadium), politischer Kampf gegen die etablierte Staatsmacht (3. Stadium), der schließlich in einen militärischen „Volkskrieg“ übergeht (4. Stadium) und Vollendung der Revolution in zwei Stufen während des 5. Stadiums¹⁵⁾ bilden in ihrer Gesamtheit ein Skelett, wie es sich genauso gut aus der sowjetischen Revolutionsgeschichte herauspräparieren ließe. Als chinesische (oder asiatische) Besonderheiten der Machtergreifung ließen sich allenfalls die raffiniert ausgeformte Partisanenkriegstheorie (Akzentuierung des Zeitfaktors, Betonung des „Politischen“ vor dem Technischen, Drei-Phasen-Zyklus, Zweitrangigkeit des Hinterlandes, „Papiertiger-Theorie“ usw.), die Betonung des bäuerlichen Elements und die spezifische Koalitionstechnik der „Neuen Demokratie“ hervorheben.

Andererseits ist das Schema bis jetzt im übrigen Asien nicht besonders erfolgreich gewesen: In der Äußeren Mongolei hat sich das kommunistische Regime — weitab vom chinesischen Schema — mit Hilfe der damals noch jungen Sowjetmacht etabliert¹⁶⁾. Der Kommunismus in Nord-Korea ist ein stalinistisches Importprodukt. Allenfalls in Südvietnam scheinen gewisse Linien nach dem chinesischen Muster gezogen zu sein. In zahlreichen anderen Ländern dagegen hat die chinesische Strategie — falls sie überhaupt als solche empfunden worden war — weitgehend Schiffbruch erlitten (Philippinen, Indonesien, Thailand, Birma und im indischen Naxalbari) und dürfte schon aus diesem Grunde viel von ihrer Attraktivität eingebüßt haben.

Im übrigen beweist Scalapinos eigener Versuch, die einzelnen asiatischen Länder unter das chinesische Schema zu subsumieren¹⁷⁾, die Unzulänglichkeit seiner eigenen Prämisse.

e) Intellektuelle Elite

Was die soziale Zusammensetzung der Parteien anbelangt (Spalten 4 und 8), so ergibt sich eine doppelte Erkenntnis¹⁸⁾:

Fast alle asiatischen kommunistischen Parteien sind in hohem Maße von einer intellektuellen Elite beherrscht. Einzig die KP Nord-Koreas kommt dem Ideal einer kommunistischen Arbeiter- und Bauernpartei nahe und verdient wirklich die Bezeichnung „Massenpartei“.

Die Mitgliederzahlen allein bürgen noch nicht für die Stärke einer KP, wie etwa Laos zeigt. Wichtiger ist eine breite Massenbasis und ein starker militärischer Arm (vergleiche China, Nord-Vietnam, Nord-Korea, Äußere Mongolei, Laos, Süd-Vietnam, Indien in einigen Staaten)¹⁹⁾.

¹³⁾ Harold H. Fisher, *Backgrounds of Communism in Asia*, in: Thayer, a. a. O., S. 291 ff.

¹⁴⁾ Robert A. Scalapino, *The Communist Revolution in Asia*, New Jersey 1965, S. 16—22.

¹⁵⁾ Erst bürgerlich-demokratische Revolution (Landverteilung, Säuberung konterrevolutionärer Elemente, Einheitsfrontpolitik, die Arbeiter, arme Bauern und fortschrittlich gesinnte nationale Bourgeoisie unter der Führung der KP vereinigt); dann sozialistische Revolution (Kollektivierung der Landwirtschaft, Verstaatlichung der Industrie; intensivierte ideologische Kontrolle, Massenbewegung großen Stils, Anpassung des Überbaus an die sozialistische Basis). Vgl. etwa Mao, *Die chinesische Revolution und die KP Chinas*, A. W. II, Peking 1968, S. 379—385.

¹⁶⁾ M. T. Haggard, *Mongolia, The first Communist State in Asia*, in: Scalapino, S. 24 f.

¹⁷⁾ Scalapino, S. 24 f.

¹⁸⁾ Vgl. ders., S. 33 f.

f) Führungsstruktur

Eine kurze Beschreibung der Führungsstruktur im asiatischen Kommunismus läßt sich in drei Teilen geben, die allerdings — ebenso wie die Technik der Machtergreifung — schon sehr der Gefahr der Verallgemeinerung ausgesetzt sind:

Wenn es erlaubt ist, hier die Methode des Sprangerschen Idealtypus zu verwenden, so lassen sich in Asien vor allem drei „reine“ Führerschaftstypen identifizieren:

— der *Ideologe* (Kennzeichen: hohes Interesse am Ideologischen; introvertiert; stammt aus Intellektuellen-Kreisen; neigt zum Doktrinären);

— der *Aktivist* (hat kein Interesse an der „langweiligen“ Theorie; ist extrovertiert und zeigt sich als Mann der Praxis; er stammt meist aus den Reihen der „einfachen Leute“ und ist in seiner Haltung pragmatisch);

— der *Karrierist* (ein Typ, der aus opportunistischen Motiven der KP beigetreten ist und weder das geistige Engagement noch die angeborenen Führungsqualitäten der beiden anderen Typen mitbringt)²⁰).

Faßt alle kommunistischen Bewegungen Asiens stützten sich zunächst auf eine ideologische Führerschaft (ein Beispiel dafür ist etwa die Gesellschaft zum Studium des Marxismus-Leninismus in China), dann kam die Zeit der Aktivisten (Organisation der Partei und Guerilla-

Verbände), die schließlich ihrerseits mit zunehmender Differenzierung des Apparats den Karrieristen das Feld räumen müssen²¹). Insofern folgen die asiatischen kommunistischen Parteien einem allgemeinen organisationsimmanenten Entwicklungsprozeß. Die Maoisten freilich, die den Bürokratismus als eine Art Krankheit zum Tode betrachten, haben mit ihrer Großen Proletarischen Kulturrevolution den gesamten Kaderapparat zerschlagen und damit eine Wendung „zurück zum Aktivismus“ eingeleitet. Nur unter der Bedingung, daß sie die Revolution zu einer Permanenzerscheinung gestalten können, werden Mao und die Seinen freilich mit der Hydra der Bürokratie fertig werden.

Ihrer sozialen Herkunft nach stammen die asiatischen Kommunistenführer fast durchweg aus der Intelligentsia, also aus der „Bourgeoisie“ (Mao Tse-tung, Kim Il-sung, Ho Chi Minh) und — im Unteroffizierskorps der Guerilla-Einheiten — aus der Bauernschaft. Nur wenige von ihnen kommen aus den Kreisen der städtischen Arbeiterschaft²²).

Über das Alter der Mitglieder läßt sich kaum etwas Allgemeines sagen. Wenn Scalapino²³) meint, daß die Schlüsselpositionen heute im allgemeinen von „Repräsentanten der zweiten und dritten Führungsgeneration“ mit einem Altersdurchschnitt von „40 bis 55“ besetzt sei, so trifft dies auf die chinesischen Kommunisten jedenfalls nicht zu²⁴).

III. Chancen und Hindernisse für den Kommunismus in Asien

1. Die Chancen

Allgemein gesprochen liegen die Chancen des Kommunismus darin, daß er konkrete Wege und Mittel zeigt, um mit dem Katarakt von Problemen fertig zu werden, welche die Modernisierung mit sich bringt: Wichtigste Voraussetzung für den Übergang zur Moderne sind gemeinsame „Werte“, brauchbare Institutionen, straffe Organisation und eine moderne, vor allem am Leistungsprinzip orientierte „Motivierung“²⁵), — vier Postulate also, denen der Kommunismus in seiner Weise gerecht werden kann. Insofern ist er also nicht Selbstzweck, sondern besitzt einen mehr instrumentalen Charakter. Neben diesen allgemeinen Vorzügen scheint die Attraktivität des Kommunismus aber noch auf folgenden vier besonderen Vorzügen zu beruhen:

a) Psychologisch

Am meisten dürfte die *psychologische* Bedeutung der marxistisch-leninistischen Lehre ins

Gewicht fallen, da sie mit ihren Forderungen und Versprechungen nicht nur an die Intellektuellen, sondern auch an das einfache Volk appelliert:

Die Attraktivität des Marxismus-Leninismus für den Intellektuellen liegt auf der Hand: Die Geschlossenheit des Systems, die mit wenigen

¹⁹) Z. B. Guerillatätigkeit in Naxalbari (West-Bengalen).

²⁰) Scalapino, S. 6—9.

²¹) Ders., S. 13 f.

²²) Ders., S. 14 f.

²³) Ders., S. 15.

²⁴) Das Durchschnittsalter der 90 Mitglieder des ZK der KPCh betrug im Jahre 1965 64 Jahre; vgl. Jürgen Domes, Politik und Herrschaft in Rotchina, Stuttgart — Berlin — Köln — Mainz 1965, S. 64. Für den inzwischen angelaufenen Wiederaufbau der KPCh nach der Kulturrevolution sollen allerdings vorwiegend jüngere Aktivisten herangezogen werden.

²⁵) Zu diesen vier Kriterien vgl. Wilbert E. Moore, Strukturwandel der Gesellschaft, München 1967, S. 154 ff.

Grundelementen ausgerüstete Dialektik, das handliche Geschichtsbild, die Kritik des Kapitalismus (und Imperialismus), die Aufrufe der Lehre zum Handeln und nicht zuletzt ihre klaren taktischen und strategischen Handlungsanweisungen müssen jeden nach politischen Lösungen suchenden jungen Politiker faszinieren. Dies um so mehr, als der Zusammenbruch der traditionellen Sozialordnungen in Asien (Großfamilie, Clan, Stamm, Dorfgemeinschaft) ein Vakuum hinterlassen hat²⁶⁾, das durch neue Strukturen ausgefüllt sein will, wenn nicht Anarchie im Politischen und Nihilismus im Weltanschaulichen die Atomisierung und Zersplitterung der Gesellschaft weitertreiben sollen. Der Kommunismus mit seinen praktisch bewährten Organisationsprinzipien scheint hier die richtige Antwort zu geben: Eiserne Disziplin, eingedrillte Hierarchien und fragloser Gehorsam sind Eigenschaften, die einen Ausweg zu einer heileren Welt und Geborgenheit in neuen Kollektiven versprechen. Müssen die Vorzüge des Kommunismus dem kritischen Asiaten im übrigen nicht noch überzeugender erscheinen, wenn er die Mißerfolge der „westlich“ strukturierten asiatischen Staaten (Pakistan, Birma, Indonesien) betrachtet oder gar wirtschaftliche Vergleiche (etwa zwischen Indien und Rot-China) anstellt?

Der Kommunismus taugt aber nicht nur als organisatorisches Vehikel, sondern präsentiert sich in seiner Grundhaltung zugleich als eine „Philosophie der Hoffnung“²⁷⁾, die ihren Anhängern aus der Isolation zertrümmerter Weltanschauungen heraushilft und ihnen nicht nur einen neuen gemeinsamen geistigen Standort zuweist, sondern zugleich einiges zur begrifflichen Klärung der Zukunft leistet.

Bei alledem kann es dem Kommunismus nicht schaden, daß er obendrein an gewisse Traditionalismen anknüpft, die im asiatischen Denken tief verwurzelt sind. Besonders die elitäre Denkweise der kommunistischen Parteien und der Stellenwert, welcher der Erziehung beigegeben wird, stehen im Einklang mit den überkommenen sozialen Spielregeln²⁸⁾. Wie wichtig übrigens gerade der Appell an die vielfach zum „akademischen Proletariat“ entwürdigten jungen Intellektuellen ist, geht vor allem daraus hervor, daß die alten Eliten im Prozeß der Akkulturation immer mehr zerbröckeln und durch westlich ausgebildeten Nachwuchs ersetzt werden. Nehru, Sun Yatsen, Gandhi, Sukarno und Ho Chi Minh sind nur einige typische Fackelträger dieses Jahrhunderts der „Intelligentsia“²⁹⁾. Mao Tse-tung ist zwar nicht westlich erzogen, sein Denken ist jedoch vom westlichen Marxismus geprägt.

Der Kommunismus beflügelt aber nicht nur die von den Intellektuellen getragenen Reintegrationshoffnungen, sondern befriedigt auch die Träume nach sozialer Gerechtigkeit, die als utopische Elemente, ja fast als Archetypen „unauflösbar in das bäuerliche Leben aller prämodernen Gesellschaften ... verwoben sind“³⁰⁾. Unter diesem Aspekt ist der in Formeln und Dogmen zu einer Art säkularisierter Religion hochgezüchtete Kommunismus eigentlich nichts als ein Echo auf die vielfachen Anrufe des primitiven „Volkskommunismus“³¹⁾.

Diese schlichten Utopien, die nichts anderes sind als „ein natürlicher Rettungsring ... (inmitten) ... der ... unerträglichen Lasten des irdischen Daseins“³²⁾, schlummern unausgesprochen unter der Oberfläche der Gesellschaft weiter oder werden von einer dogmatischen Religion aufgefangen, bis sie eines Tages „modernisiert“ und in schlagkräftigere Protestbewegungen umfunktioniert werden. Aus diesem unerschöpflichen Reservoir nun kann der Kommunismus seine Proselyten wählen. Nicht zufällig waren es häufig gerade „rote“ Mönche, die sich für den Kommunismus einsetzten. Es war daher zuweilen ausgerechnet der Kampf des orthodoxen Kommunismus gegen die traditionellen Religionen, der es erschwerte, die natürlichen Quellen des Glaubens und der Anhänglichkeit für seine Zwecke zu nutzen³³⁾. Auch der Glaube jenseits des Bereichs von Argumenten kann dem Kommunismus also in Einzelfällen zugute kommen.

b) Politisch

Politisch bietet der Marxismus-Leninismus eine brauchbare Alternative zum westlichen Parlamentarismus, der wegen seiner spezifischen Voraussetzungen so gar nicht in die Wertlandschaft der Asiaten paßt. Vielfach ist diese typisch westliche Form der Demokratie zu einem Synonym für Korruption, Privilegien, Eigenbrötelei und permanente Krisenhaftigkeit geworden³⁴⁾. „Demokratie“, so wie sie der Marxismus-Leninismus definiert, läßt demgegenüber zwar den Wort- und Formenbe-

²⁶⁾ Einige wenige Länder (Japan, Thailand, Malaya, die Philippinen) sind von diesem Zusammenbruch weitgehend verschont geblieben.

²⁷⁾ Scalapino, S. 5.

²⁸⁾ Zu diesem Aspekt vgl. ebenda.

²⁹⁾ Ders., S. 2, definiert den Marxismus in Asien u. a. als Bewegung der Intelligenz.

³⁰⁾ Benda, S. 6.

³¹⁾ Der Ausdruck lautet nach Benda „Folk Communism“ (S. 12) und „Folk Marxism“ (S. 7).

³²⁾ Ders., S. 6.

³³⁾ Ders., S. 8.

³⁴⁾ Scalapino, S. 3.

stand der „alten“ Demokratie („Gleichheit“, „freie Wahlen“, „Grundrechte“, „Volkskongresse“ usw.) unangetastet, baut aber in praxi auf die Manipulation der Massen (des „Volkes“) durch die Vorhut einer kleinen, nach dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“³⁵⁾ straff organisierten Partei.

Nur mit einer nach diesem Schema aufgebauten „Erziehungsdiktatur“³⁶⁾ kann es letztlich gelingen, gewisse Erbübel, wie Korruption³⁷⁾ und Nepotismus, auszurotten und ein neues Dienst- und Arbeitsethos³⁸⁾ zu schaffen, das sich auch sekundären Sozialgebilden gegenüber mitteilt³⁹⁾. Gerade in nicht kommunistisch gelenkten Staaten Asiens besteht häufig genug die Gefahr eines „neuen Autoritarismus“ der zentralistischen Bürokratien und Eliten, der zwar moderne Ziele proklamiert, doch weitgehend in den Verhaltensmustern der traditionellen Machtstruktur verharrt und die Massen in ihrer Passivität weiterschlämtern läßt⁴⁰⁾.

c) Wirtschaftlich

Auf wirtschaftlichem Gebiet weist der Marxismus-Leninismus einen offensichtlich brauchbaren Weg zur Modernisierung im erwünschten Tempo. Der Kommunismus lieferte das Modell für die Mobilisierung der Arbeitskräfte, für die Allokation von Produktionsmitteln, vor allem aber gibt er seinen Anhängern das Instrumentarium in die Hand, das sie befähigt, Ziele und Mittel im „Produktionskampf“ sinnvoll aufeinander abzustimmen. Die wichtigsten Methoden zur Industrialisierung von Agrargesellschaften lassen sich in wenigen Stichworten zusammenfassen:

— Entwicklungspläne, insbesondere Fünfjahrespläne;

— Flurbereinigung und Rationalisierung der Landwirtschaft durch Kollektivierung in Form von „Kolchosen“ oder „Volkskommunen“;

— Verstaatlichung der Privatbetriebe in der Industrie, und Gründung neuer Industrien durch den Staat;

— Ersetzung der „traditionellen Bürokraten“ durch den modernen Typ des (technisch orientierten) Managers oder des (mehr auf politische Organisation ausgerichteten) Kaders und Einführung neuer Spielarten des Managements. (Sowjetunion: Ein-Mann-Management nach dem Führerprinzip, Volksrepublik China: Massenlinie im Management)⁴¹⁾;

— Erziehung der Menschen für die moderne Industriekultur (Verzicht auf Spontaneität im Arbeitsleben, Anpassung an sekundäre So-

zialgebilde und an die Spielregeln der pluralistischen Gesellschaft) durch Erziehungsdiktaturen, die mit den Methoden der Massenbewegungen und mit einem neuen „Arbeitsstil“ den ökonomischen Problemen zu Leibe rücken (in China gibt es etwa drei solcher Arbeitsstile: Vereinigung von Kadern und Massen, Vereinigung von Theorie und Praxis, Kritik und Selbstkritik).

Nur am Rande sei erwähnt, daß der Kommunismus mit seiner straffen Organisation Berufschancen verspricht, wie sie sonst nur die aufgeblähten Armeen in den Entwicklungsländern zu bieten vermögen⁴²⁾. Der Kommunismus ist damit eine Art Entwicklungsdemiurg und weist auch solchen Staaten einen Weg, die nur seine Planungselemente übernehmen wollen, nicht jedoch den kompletten Satz seiner Ideologie.

d) Staatsbildend

Nicht zuletzt aber empfiehlt sich der Marxismus-Leninismus als ein Instrument zum *Aufbau einer Nation*. Auf dem Trümmerfeld der alten Gesellschaft liegen zahlreiche disparate Elemente, die nach einer Neuordnung verlangen: Horizontale und vertikale Immobilität im Sozialen, Desinteresse am Staat, Partikularismus, Regionalismus, Minoritätsprobleme, Kampf der religiösen Gemeinschaften gegen den Staat, Kampf des Nachwuchses gegen die alte Elite, Kampf des Dorfes gegen die Stadt; alle diese verschiedenartigen und konfliktreichen Elemente gilt es, unter ein gemeinsames Dach zu bringen. Der Marxismus-Leninismus vermag mit dieser Quadratur des Kreises relativ gut fertig zu werden. Seine dialektischen Kriterien bringen klare Differenzierungen in den Wirrwarr; er bürgt für eine gemeinsame Partei, liefert ein Ordnungsschema

³⁵⁾ Vgl. etwa Art. 19 VI der Parteisatzung der KPCh von 1956: Einzelne Parteimitglieder gehorchen der Parteiorganisation, die Minderheit gehorcht der Mehrheit, die untere Parteiorganisation gehorcht den höheren Organisationen, die einzelnen gesamtstaatlichen Parteiorganisationen gehorchen dem Nationalen Parteikongreß und dem Zentralkomitee.

³⁶⁾ Winkler, S. 70.

³⁷⁾ Dazu besonders eindrucksvoll R. Segal, Die Krise Indiens, Frankfurt/Main 1968, S. 301 ff.

³⁸⁾ In Indonesien gilt die KPI z. B. heute noch als Garantie gegen Korruption und Mißwirtschaft.

³⁹⁾ Deshalb auch die in China geläufige Forderung, die Politik müsse dem Expertentum vorangehen.

⁴⁰⁾ H. J. Behrendt, Soziale Strategie der Entwicklungsländer, Frankfurt/Main 1965, S. 505.

⁴¹⁾ F. Schurmann, Ideology and Organization in Communist China, Berkeley and Los Angeles 1966, S. 234 f., 253 ff. und 286 f.

⁴²⁾ Winkler, S. 52.

gemeinsamer politischer Werte und schafft gemeinsame Aufgaben⁴³⁾.

Nicht zufällig zeichnen sich deshalb gerade drei kommunistische Staaten — Rot-China, Nord-Korea und Nord-Vietnam — durch eine Kohäsion nationalen Denkens und durch wohlgedrillte Armeen aus, wie sie in anderen unterentwickelten Staaten Asiens kaum ein zweites Mal anzutreffen sind. In diesem Zusammenhang soll nicht unerwähnt bleiben, daß die „Akkulturationserscheinungen des Kommunismus“⁴⁴⁾ ihre Zugkraft nicht zuletzt den natürlich hervorbrechenden Gleichwertigkeitsansprüchen gegenüber der machtpolitisch-technologischen Hegemonie des Westens verdankt. Der Marxismus legt den Finger auf die wunden Stellen der anscheinend so dominierenden europäisch-amerikanischen Gesellschaft und spricht ihr mit subtiler wissenschaftlicher Begründung das Todesurteil. Mehr noch: Der Kommunismus liefert den bisher gedemütigten Kolonialländern das Werkzeug, das sie befähigt, dem Westen eine Lehre zu erteilen. Überdies setzt der Marxismus mit seinen elastischen Anpassungsmöglichkeiten jene Kulturüberlieferungen frei, die bisher vom westlichen Einfluß geknebelt waren⁴⁵⁾. Kein Wunder, daß auf diese Weise Nationalismus und Kommunismus häufig am gleichen Strang ziehen⁴⁶⁾. Dies zeigt sich u. a. besonders deutlich beim Kampf gegen die sogenannten „ungleichen Verträge“, die der westliche Imperialismus des 19. Jahrhunderts einigen asiatischen Staaten auferlegt hatte.

So wären also dem Kommunismus in Asien Tür und Tor geöffnet? Auf den ersten Blick könnte es so scheinen. Daß dem nicht ganz so ist, mögen die im folgenden aufgeführten schwerwiegenden Gegenargumente beweisen.

2. Die Hindernisse

Welche Hindernisse stellen sich dem Kommunismus in Asien in den Weg? Nach dem Leninischen Konzept, das vor allem auf die Partei abstellt, hängt die Antwort auf diese Frage davon ab, wie stark oder schwach eine kommunistische Partei jeweils ist. Eine starke Partei zeichnet sich durch drei Kriterien (militärisches Potential, breite Massenbasis und Dominanz der Intellektuellen) aus⁴⁷⁾, während eine schwache Partei im allgemeinen lediglich über das letzte dieser drei Elemente verfügt⁴⁸⁾.

a) Tradition, Religion, politisches Denken und Nationalismus als Konkurrenten

Das eigentlich entscheidende Kriterium dürfte wohl die Sympathie der Massen sein (Mao Tse-tung: „Das Volk ist das Wasser und

die Kommunisten sind die Fische“). Gerade um diese Voraussetzung ist es aber aus mehreren Gründen schlecht bestellt:

aa) Die bäuerliche Bevölkerung, auf deren Unterstützung es entscheidend ankommt, ist noch über weite Landstriche Asiens hinweg an Tradition und Religion gebunden, deren Beitrag heute fast überall in einem mehr oder weniger passiven Protest gegen die herandrängende Moderne liegt. Auch finden die Autorität der traditionellen Herrscher (zum Beispiel das Königshaus in Kambodscha und die malayischen Fürstentümer), der gesellschaftliche Rahmen des Kastenwesens und die Sozialregeln des Buddhismus und Islam noch weitgehend Respekt und Anerkennung. Religiös gefärbter Fatalismus sorgt dafür, daß die Unzufriedenheit, eine Hauptvoraussetzung für kommunistische Revolutionen, erst gar nicht entstehen kann⁴⁹⁾, oder daß der Erwartungshorizont von vornherein so düster und zynisch ist, daß die immer noch traurige Wirklichkeit im Vergleich dazu erträglich erscheint⁵⁰⁾.

Gerade diese zermürbende Zähigkeit des passiven Widerstands der Traditionalisten war es, der das kommunistische China in seine bisher gewaltigste Massenbewegung, die Kulturrevolution, getrieben hat. Nicht zufällig hat sich diese Kulturrevolution gegen die sogenannten „Vier Alten“ (altes Denken, alte Gewohnheiten, alte Sitten, alte Gebräuche) gerichtet und es sich zur Aufgabe gemacht, den „Kampf im Überbau“ solange fortzuführen, bis die „sozialistische Basis“ dort ihre völlige Entsprechung findet.

⁴³⁾ Vgl. z. B. Mao Tse-tung: „Es ist notwendig... einheitliche Auffassungen, eine einheitliche Politik, einheitliche Pläne, ein einheitliches Kommando und einheitliche Aktionen... zu erreichen...“, zit. in Peking Rundschau 1969, Nr. 1, S. 8.

⁴⁴⁾ Emanuel Sarkisyanz, Südostasien seit 1945, München 1961, S. 14.

⁴⁵⁾ Ders., S. 19.

⁴⁶⁾ Die KP Indonesiens hat sich z. B. einem ultrakonservativen und antiamerikanischen Programm verschrieben, vgl. Hughes, S. 74.

⁴⁷⁾ So in Rot-China, Nord-Korea, Nordvietnam, Mongolische Volksrepublik.

⁴⁸⁾ Scalapino, S. 34 f.

⁴⁹⁾ Indifferenz und Fatalismus der indischen Gesellschaft veranlassen z. B. ausgebeutete Landarbeiter dazu, auch in ihrem Zustand der Erniedrigung und Beleidigung nicht mehr Land zu begehren, als sie ohnehin bebauen (Segal, S. 130 ff. mit zahlreichen Nachweisen).

⁵⁰⁾ „Die Inder erwarten im allgemeinen einfach das Schlechteste voneinander... Daß die Korruption... aber jenes Ausmaß erreicht, das in Indien selbst allgemein unterstellt wird, ist unwahrscheinlich; denn dann wären die Menschen so sehr mit dem Annehmen und Austeilen von Pfründen beschäftigt, daß es keine wirksame Verwaltung mehr gäbe...“ Segal, S. 169.

ab) Die politische Haltung der Bauern war darüber hinaus seit jeher passiv-abwartend. Der „Staat“ war Sache des sakralen Herrschers. Das politische Bewußtsein reichte oft kaum über das Weichbild des eigenen Dorfes hinaus, so daß von einem Staatsbewußtsein keine Rede sein konnte. Wie sollten solche Menschen plötzlich den weltweiten Kampf des Proletariats und das abstrakte Klassenschema des Marxismus begreifen? Kein Wunder, daß die meisten von ihnen im „Lokalpatriotismus“ verharren ⁵¹⁾.

ac) Schließlich tritt in einer Zeit, da sich die Asiaten ihrer Besonderheiten bewußt werden, der Nationalismus mit der säkularisierten Religion des Kommunismus in einen scharfen Wettbewerb. Wo sich der Kommunismus diese Bewegung nicht zunutze macht (wie etwa in Indonesien), zieht er leicht den kürzeren, zumal der Nationalismus fast stets im Gewande des „Sozialismus“ auftritt (staatliche Planung, Genossenschaftswesen, staatlich betriebene Industrien, Staatsgesellschaften und Staatsmonopole in Verbindung mit Grundrechten, die dem privaten Unternehmertum eine reelle Chance geben).

Nicht unwichtig in diesem Zusammenhang ist das Zeugnis Reischauers, des früheren amerikanischen Botschafters in Japan, der in seinem berühmten Hearing vom 31. Januar 1967 den „asiatischen Sozialismus und Neutralismus als die wichtigsten Bollwerke gegen die Ausbreitung einer einheitlichen kommunistischen Idee“ bezeichnete ⁵²⁾.

b) Gegnerschaft der Armeen

Eine besondere Schwäche der kommunistischen Bewegungen in Asien liegt darin, daß sie — mit Ausnahme selbstverständlich der vier dominierenden kommunistischen Staaten sowie mit Ausnahme von Laos und Süd-Vietnam — im allgemeinen über keine nennenswerte militärische Unterstützung verfügen. Es fehlt ihnen aber nicht nur das militärische Potential, sondern sie haben obendrein mit der erbitterten Gegnerschaft der nationalen Armeen aller nicht kommunistisch regierten Staaten zu rechnen. Diese Armeen sind ausnahmslos antikommunistisch und haben oft genug zur Zerschlagung des Kommunismus beigetragen (Indonesien, Birma, Thailand). Diese Gegnerschaft ist für die kommunistischen Bewegungen nicht zuletzt deshalb alarmierend, weil die Militärs gerade in Entwicklungsländern einen unverhältnismäßig hohen Anteil an der Staatsmacht innehaben. Sie verschlingen nicht nur einen Großteil des Etats (im Indonesien

Sukarnos waren es $\frac{4}{5}$ des Staatshaushaltes), sondern übernehmen neben ihren natürlichen Schutzaufgaben auch Obliegenheiten der Polizei und Verwaltung, der Erziehung und Entwicklung. Der Konfrontation mit einem so mächtigen, allgegenwärtigen Gegner kann sich der Kommunismus nur dort entziehen, wo ihm eine starke Massenbasis zur Verfügung steht.

c) Entstehung des Mittelstandes

Auch der im Zuge der Verwestlichung und Pluralisierung der Gesellschaft langsam heranwachsende Mittelstand in Asien wird sich als immer stärkerer Widerstand gegen den Kommunismus erweisen. In den traditionellen asiatischen Gesellschaften hatte es seit jeher intensiv gegliederte Ständestrukturen gegeben, wobei die Kluft zwischen Oben und Unten, zwischen einer kleinen Elite und der Masse des Analphabetentums, zwischen Wohlhabenheit und Armut ⁵³⁾ und schließlich zwischen Stadt und Land besonders kraß ausgeprägt war. Mit kommunistischen Augen gesehen gab es in dieser „feudalen“ Gesellschaftsordnung also nur eine hauchdünne Schicht, die durch kommunistische Revolutionen ihr Reichtums-, Bildungs- und Verwaltungs-Monopol zu verlieren hatte, während „90 Prozent der Massen“ ⁵⁴⁾ nur gewinnen konnten. Mit dem Heraufkommen „kleiner Geschäftsleute und kleiner Unternehmer, beruflicher und anderer intellektueller Arbeiter, mit bescheidenem Einkommen, mit der langsamen Etablierung von ‚white-collar‘-Arbeitern und regelmäßig entlohnten Angestellten größerer kommerzieller, industrieller und finanzieller Einrichtungen“ ⁵⁵⁾ bildet sich eine zwar heterogene, in ihrer Verteidigungsbereitschaft aber durchweg entschlossene Bevölkerungsschicht heraus, welche die bisher so schmale Basis der traditionellen Oberschicht verbreitern und die Gewichte zuungunsten des Kommunismus verschieben wird ⁵⁶⁾.

⁵¹⁾ Dazu vgl. etwa Mao Tse-tung, Strategische Probleme des Partisanenkriegs, in: A. W. II, Peking 1968, S. 119.

⁵²⁾ Die amerikanische Asienpolitik, in: Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Nr. 22, Hamburg 1967, S. 103.

⁵³⁾ Erwähnt sei etwa die chinesische Gentry, die das Bildungs-, Verwaltungs- und oft auch das Reichtumsmonopol innehatte.

⁵⁴⁾ Zur 90 0/0-Formel vgl. etwa Mao Tse-tung, A. W. II, Peking 1968, S. 446, 281, 283 f.

⁵⁵⁾ H. P. Fairchild, Dictionary of Sociology, New York 1944, Stichwort ‚middle class‘.

⁵⁶⁾ In Indien bildete sich etwa im Zusammenhang mit der britischen Kolonialverwaltung ein solcher Mittelstand heraus, vgl. Segal, S. 98. In China löste der Handel mit den fremden Mächten eine solche Entwicklung aus.

d) Fehlen charismatischer Führergestalten

Noch eine weitere Entwicklung könnte auf die Dauer den Höhenflug des Kommunismus in Asien hemmen: Mit Ausnahme der dominierenden vier Bewegungen (unter Mao Tse-tung, Kim Il-song, Ho Chi Minh und Cedenbal) fehlt es nämlich den übrigen KPs an wirklichen charismatischen Führergestalten: ein wahrhaft empfindlicher Mangel in einem Erdteil, in dem eine politische Bewegung weniger durch das Profil eines Programms als vielmehr durch überragende Wortführer ihre Legitimation zu erbringen hat. Die „starken Männer“, die nach einem langen Kampf um die Unabhängigkeit von den Kolonialmächten an die Macht gekommen waren, entpuppten sich zum Teil als entschiedene Antikommunisten (Singman Rhee in Süd-Korea, Diem in Süd-Vietnam und Chiang Kai-shek in Nationalchina/Taiwan) oder verstanden es, den Kommunismus neben ihrem eigenen Charisma verblassen zu lassen (Nehru, Sukarno, Sihanouk). In einigen Staaten hat

sich nicht ein einzelner Führer, sondern ein starkes Führungskollektiv als Machtträger legitimiert, das sich etwa in Thailand als Clique, in Birma als offene Militärdiktatur, in Süd-Vietnam und Indonesien als verbrämte Militärdiktatur manifestiert⁵⁷⁾. Soweit die kommunistischen Konkurrenzbewegungen ausnahmsweise über hervorragende Organisatoren verfügt hatten (zum Beispiel Aidit in Indonesien, Takin Than Thun in Birma) wurden diese liquidiert.

Alles in allem dient der Kommunismus als bloßer Entwicklungsdemiurg und wird wahrscheinlich in dem Augenblick überflüssig werden, da die soziale und politische Integration sich mit gewissen Minimalforderungen ausgesöhnt hat⁵⁸⁾. Bis dahin wird die Protestbewegung des Kommunismus dafür sorgen, daß der Reformeifer nicht ganz erlahmt. Insofern ist die von ihm ausgehende Unruhe heilsamer als eine „graue und farblose Koexistenz“⁵⁹⁾.

IV. Der asiatische Kommunismus in der Auseinandersetzung zwischen Moskau und Peking

1. Die Differenzen zwischen Moskau und Peking

a) Das sozio-ökonomische Gefälle zwischen Moskau und Peking

Bei dem seit dem XXII. Parteitag der KPdSU im Jahre 1961 offen ausgebrochenen Konflikt zwischen der industrialisierten Sowjetunion und dem agrarischen China geht es um mehr als nur um Worte und um müßige dogmatische Plänkeleien jenseits des Bereichs historischer Zwänge und Hypotheken. Aus diesem Grunde seien hier die wichtigsten Umweltfaktoren angeführt, die beim Beginn der russischen und chinesischen Revolutionen jeweils vorlagen und die beide Bewegungen schon in statu nascendi verschieden prägten⁶⁰⁾. Da die Revolution in China nicht irgendeine asiatische Revolution darstellt, sondern zu dem Modell für andere kommunistische Bewegungen in Asien geworden ist⁶¹⁾, spiegelt sich in den sowjetisch-chinesischen Differenzen zugleich die gesamte sowjetisch-panasiatische Situation.

aa) *Wirtschaftlich* war Rußland im Jahre 1917 nur im Vergleich zu den westlichen Industrieländern (also: relativ) „unterentwickelt“⁶²⁾. Das von zwölfjährigen Kriegswirren zerrissene agrarische China dagegen war in dieser Beziehung nach jeder Richtung hin (also: absolut) unterentwickelt⁶³⁾.

ab) Das Gefälle in der ökonomischen Entwicklung konnte nicht ohne Auswirkung auf die revolutionäre Konzeption beider Staaten bleiben. Während sich für die Sowjetunion des Jahres 1927 zum China des Jahres 1958 noch zahlreiche Parallelen finden lassen⁶⁴⁾, ergeben sich für die Sowjetunion am Ende der sechziger Jahre ganz neue Konstellationen: Sieht China nur die Alternative zwischen raschem wirtschaftlichen Aufstieg oder unvermeidlicher Niederlage, befürwortet es deshalb die „Revolution in Permanenz“, so kann die Sowjetunion beruhigt auf ihren wirtschaftlichen und militärischen Lorbeeren ausruhen und die chinesischen Experimente als „linkes Abenteuerum“ abtun⁶⁵⁾.

⁵⁷⁾ Bernhard Dahm, Südostasien: Oligarchien und totalitäre Diktaturen, in: *Moderne Welt*, 1968, Heft 2, S. 159 ff.

⁵⁸⁾ Benda, S. 15.

⁵⁹⁾ Ders., S. 16.

⁶⁰⁾ Das nachfolgende fünfgliedrige Schema folgt Zagoria, S. 20 ff.

⁶¹⁾ Scalapino, S. 16.

⁶²⁾ Auf die Kriterien der Unterentwicklung kann hier nicht eingegangen werden; vgl. aber Behrendt, a.a.O.

⁶³⁾ Exemplarische Zahlen hierfür bei Zagoria, a.a.O.

⁶⁴⁾ Beide kämpfen angestrengt um die Akkumulation von Kapital, beide lassen die Industrie auf Kosten der Landwirtschaft wachsen, beide riskieren eine mangelnde Balance der Wirtschaftsfaktoren. Wirtschaftliche Lücken werden durch den Appell an die Einsatzbereitschaft ausgefüllt, Zagoria, S. 28 f.

⁶⁵⁾ Zagoria, S. 30, 28.

ac) Unter dem Gesichtspunkt revolutionärer Erfahrungen konnten die Chinesen nach der Machtübernahme auf den reichen Schatz der sowjetischen und der eigenen 25jährigen Erfahrung zurückgreifen und so — zumindest bis 1958 — die Gesellschaft geschmeidiger und bruchloser sozialisieren, als es die Sowjetführer vermocht hatten, die als sozialistische Erstlinge viele bittere Rückschläge erleiden mußten, ehe sie ihren utopischen Ballast zu einem gewissen Teil über Bord warfen.

ead) Eine weitere Erfahrung, die das Selbstverständnis der Revolutionsführer beider Gesellschaften ausgeformt hat, ist die recht unterschiedliche Dauer ihres revolutionären Kampfes um die Macht. Während sich die russische Oktoberrevolution auf einige Wochen zusammendrängte, hatten die Chinesen nicht weniger als 28 Jahre um die Macht zu kämpfen und waren dabei nicht nur einmal von der „Ausrottung“ bedroht. Nur härteste Selbstdisziplin und ein besonderer „Stil“, der sich im Guerilla-Denken, im Vertrauen auf die eigene Autarkie, in einer klassenkämpferischen und kritischen Bereitschaft sich selbst und anderen gegenüber, in der Methode der populistischen Massenlinie, in der Betonung der Praxis, in einer Aversion gegenüber jeglichem Bürokratismus, in der Betonung des Voluntarismus und in der Bevorzugung des politisch engagierten Dilettanten gegenüber dem Fachmann manifestiert, konnten eine Balance gegen die immer härter werdende Umklammerung durch die Kuomintang-Truppen und durch die Japaner geben. Der Universalmensch, der sich in der Rolle des Guerillero genauso zurechtfindet wie in der des Technikers, Arztes und autarken Ackerbauern, ist seither das Ideal der Maoisten geblieben, während sich ähnliche Vorstellungen in der Sowjetunion schon längst verflüchtigt haben.

ae) Eine Identifizierung der revolutionären Konstellationen in der Sowjetunion und in China scheitert auch daran, daß der Bürgerkrieg zwischen „Rot“ und „Weiß“ in der Sowjetunion erst nach der sowjetischen Machtergreifung ausbrach, während umgekehrt in China die kommunistische Machtergreifung den Krieg gegen die Kuomintang abschloß. Durch den „Kriegskommunismus“ litt die neue Heilslehre in der Sowjetunion so sehr, daß selbst das Tauwetter der nachfolgenden Neuen Ökonomischen Politik (NEP) den Großteil der Bauern nicht mehr versöhnen konnte. — In China dagegen verstand es die KP nicht nur, ihre Interessen mit denen der Bauern zu verschmelzen (zumindest bis zum Vorabend der Kollektivierung), sondern konnte darüber hin-

aus gleich nach 1949 — ohne das zeitraubende Intermezzo einer „NEP“ — mit einer beinahe lautlosen Kollektivierung beginnen.

Das tertium comparationis? Ein so starkes sozioökonomisches Gefälle klappt nicht nur zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China, sondern auch zwischen der Sowjetunion und den anderen asiatischen Staaten:

zu aa) Die Kriterien eines „unterentwickelten Staates“ (wirtschaftlich-technische Rückständigkeit, weitgehende horizontale und vertikale Immobilität im Sozialen, Überbevölkerung, fehlende Wirtschaftsgesinnung, Kapitalarmut usw.) waren nicht nur am Vorabend der kommunistischen Machtergreifung in China gegeben, sondern prägen — mit Ausnahme von Japan — in der einen oder anderen Form auch die anderen Staaten Asiens.

zu ab) Da es in der Mitte des 20. Jahrhunderts auch in Asien keinen Staat mehr gibt, der auf eine möglichst rasche Modernisierung verzichten möchte, muß dort die mit Methode betriebene Ungeduld Chinas einleuchtender erscheinen als die im Vergleich dazu geruhsamere Attitüde der Sowjetunion.

zu ac) Es wird auch kaum einem asiatischen Staatsmann empfehlenswert erscheinen, die mit so vielen mißlungenen Utopismen geführte sowjetische Revolution nachzuahmen, wenn er doch die chinesischen Methoden vor Augen hat, die den Entwicklungsprozeß so viel reibungsloser vorantreiben.

zu ad) Angesichts der objektiven wirtschaftlichen Rückständigkeit muß den asiatischen Führern auch der Appell an die subjektiven Kräfte und die Pflege der prononciert chinesischen „Arbeitsstile“ zweckdienlicher erscheinen als das bereits vom gesellschaftlichen Pluralismus geprägte bürokratische und „unrevolutionäre, revisionistische“ Verhalten der heutigen Sowjetmenschen.

zu ae) Da ferner nach Chinas Intentionen die einzelnen asiatischen Staaten durch „Volkskriege“ aufgerollt werden sollen, durch Guerilla-Aktionen also, die in enger Verbindung mit der bäuerlichen Bevölkerung von ländlichen Basen aus zu starten hätten, könnte nach dem Sieg der kommunistischen Aufständischen die Sozialisierung sich ähnlich reibungslos abwickeln wie in China.

Diese fünffache Subsumtion unter Kriterien der sozioökonomischen Umwelt zeigt also, daß die asiatischen Staaten alles in allem mehr für das chinesische Modell prädestiniert sind als für das sowjetische.

b) Die ideologischen Auswirkungen dieser Differenzen

Bei so bemerkenswerten Differenzen in der historischen Ausgangslage kann es selbstverständlich nicht ausbleiben, daß auch die ideologische Betrachtungsweise recht verschieden ausfällt. Es ist hier nicht der Ort, die gesamte Problematik des chinesisch-sowjetischen Konflikts nochmals aufzurollen. Die wichtigsten Streitpunkte konzentrieren sich auf drei Punkte, die das Verhältnis zum Kapitalismus, zu den Drittländern und zu den internen Problemen des Kommunismus und der befreundeten sozialistischen Staaten betreffen. Diese Probleme lassen sich in wenigen Stichworten zusammenfassen:

ba) Gegenüber *kapitalistischen* Ländern ergeben sich folgende Fragen: Hat der Kapitalismus und Imperialismus seit Lenins Tagen seinen fundamental aggressiven Charakter geändert? Sind also friedliche Koexistenz, friedlicher Übergang zum Sozialismus (Evolution) und friedlicher Wettbewerb angebracht? Oder hat der Akzent weiterhin auf Krieg, Revolution und kämpferischer Einheitsfront zu liegen?

bb) Gegenüber *Drittländern*: Sollen sich die Kommunisten mit der „nationalen Bourgeoisie“ über die Etappe einer bürgerlich-demokratischen Revolution, also sozusagen friedlich und „legalistisch“ in das Stadium des Sozialismus hineinragen lassen? Oder aber sollen sie auf „illegale“ Weise den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen, nach chinesischem Vorbild die Führung der anderen Klassen übernehmen und unter Überspringen der kapitalistischen Phase den Sozialismus aufbauen?

bc) Gegenüber *sozialistischen* Ländern (also unter anderem auch über Probleme im eigenen Haus) steht die Alternative zur Debatte, ob der wirtschaftliche Aufstieg und die „materielle Interessiertheit“ als primäres Ziel legalisiert werden sollen oder aber ob die permanente Revolution, die den Klassenkampf als Vater aller Dinge anerkennt, zu bevorzugen sei.

China hält sich bei all diesen Alternativen an die radikalere Lösung. Kein Wunder also, daß Moskau in Asien zum Beschützer neutraler und gemäßigerer Regierungen geworden ist, während Peking immer mehr in die Rolle eines Vorkämpfers gegen den Imperialismus hineingewachsen ist und einen radikalen revolutionären Kurs steuert. Selbst wenn Peking und Moskau inzwischen nicht mehr die eigentlichen Doppelsonnen sind, um die der Rest der „Satelliten“ zu kreisen hat, so müssen doch ihre beiden Revolutionstheorien von den

anderen asiatischen Bewegungen als echte Alternativen empfunden werden. Die Frage lautet also, ob der sowjetische oder aber der chinesische Weg die größeren Erfolgchancen verspricht. Oder sollte letztlich gar ein „dritter Weg“ aus dem Zustand der Unterentwicklung herausführen?

2. Aussichten des sowjetischen Wegs in Asien

Seit Chruschtschows These vom XX. Parteitag, daß die sozialistischen Kräfte im Wege der Evolution an die Macht kommen könnten, hat sich für die Sowjetunion die Frage dahin zugespitzt, wie es um die Chancen der Kommunisten bei den Wahlen bestellt sei. Wie die Beispiele Kerala (1957) und West-Bengalen (1969) zeigen, kann der Kommunismus auf legalem Wege im wesentlichen dort Fuß fassen, wo

- die alten Ordnungen aufgebrochen,
- westliche Bildung relativ verbreitet

und damit die unausweichlichen Voraussetzungen der Modernisierung gegeben sind⁶⁶⁾. „Eine arme, jedoch weitgehend des Lesens und Schreibens kundige, geistig lebendige Gemeinschaft wird nach revolutionären Lösungen suchen, während eine ebenso arme, jedoch weitgehend analphabetische, geistig in den Fesseln der Tradition befangene Gesellschaft sich in Untätigkeit, Frömmigkeit und Verzweiflung mit ihrem Zustand abfinden wird.“⁶⁷⁾ Kerala hat mit die meisten Alphabeten und Akademiker Indiens, betreibt die fortschrittlichste Bildungspolitik und verfügt außerdem über die stärkste christliche Minderheit in Indien, welche die hinduistische Sozialordnung durchbrochen hat⁶⁸⁾. Ähnlich ist die Situation in Bengalen, wo — ungewöhnlich für Indien — 29,38 % der Bevölkerung in der Industrie beschäftigt sind⁶⁹⁾.

Solange die beiden eben angeführten Voraussetzungen in Asien noch vereinzelt Erscheinungen sind, hat die „legale“ Machtergreifung wenig Chancen.

⁶⁶⁾ Winkler, S. 52.

⁶⁷⁾ Segal, S. 154.

⁶⁸⁾ Genauere Angaben über die Besonderheit Keralas, aufgeschlüsselt nach verschiedenen Kategorien und in Konfrontation mit dem typisch indischen Staat Uttar Pradesh finden sich bei Segal, S. 152 ff. Genauere Zahlen über die Christen bei Manfred Turlach, Kerala — Versuch einer Analyse, Vierteljahresbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung 1967, S. 304; über Allgemeinbildung und Arbeitsdisziplin der Bevölkerung, ebenda, S. 300 f.

⁶⁹⁾ Segal, S. 156; im übrigen hätte die KPI nur noch in Andhra Pradesh Chancen (21,05 % in der Industrie beschäftigt), während andere Teile Indiens die Voraussetzungen für den Kommunismus nicht erfüllen; ders., ebenda.

3. Aussichten des „chinesischen Wegs“ in Asien

Während Moskau sich anschiekt, in seinem außenpolitischen Verhalten immer „urbaner“ zu werden, neigt Peking von Jahr zu Jahr mehr zum Radikalismus. Erst das Jahr 1969 scheint wieder eine gewisse Mäßigung mit sich gebracht zu haben. China verfolgt in seiner Außenpolitik eine Strategie, die sich teils an nationalen, teils an ideologischen Aspekten orientiert. Während das Verhalten gegenüber den fernerliegenden Kontinenten Afrika und Südamerika überwiegend von ideologischen Gesichtspunkten bestimmt wird, vermengen sich bei der Hinwendung zu den asiatischen Nachbarn nationale und ideologische Kategorien zu einem schwer entwirrbaren Motivbündel. Von den drei nationalen Hauptzielen Chinas (Wiedervereinigung beider chinesischen Teilstaaten, nationale Sicherheit und Ausdehnung seines Einflusses in Asien⁷⁰⁾) ist im vorliegenden Zusammenhang vor allem das Bedürfnis nach einer Renaissance der traditionellen Hegemonie in Asien festzuhalten, wobei freilich der Gedanke einer Invasion, Eroberung oder Annexion kaum eine Rolle spielt.

Peking sucht *ideologisch* die auf globaler Ebene zwischen Imperialismus und „modernem Revisionismus“ einerseits und dem kommunistischen Lager andererseits aufkeimenden „antagonistischen Widersprüche“ durch unerbittlichen „Klassenkampf“ zu lösen, der sich — im Gegensatz zur klassischen marxistischen Version — nicht in den hochindustrialisierten Staaten des Westens, sondern in den Entwicklungsländern als den „Sturmzentren der Weltrevolution“ abzuspielen hat. Ein reiches Instrumentarium steht hierbei zu Gebote: Die Skala reicht von der herkömmlichen Diplomatie und der fühlbar demonstrierten Militärmacht über die „Diplomatie von Volk zu Volk“⁷¹⁾, Handel und Entwicklungshilfe bis hin zur subversiven Tätigkeit, die oft auch von Auslandschinesen mitgestaltet wird⁷²⁾. Hier seien vor allem zwei Maßnahmen näher erläutert, die dem chinesischen Außenverhalten ihr spezifisches Gepräge geben:

a) Subversion und Volkskrieg als Mittel

Allenthalben in Asien sucht China gegen die nach seinem Freund-Feind-Schema eingestuft Feindstaaten das Mittel des langandauernden Volkskrieges einzusetzen, das in der Form „nationaler Befreiungskriege“ gegen den Imperialismus und unter dem Titel „revolutionärer Bürgerkriege“ gegen die „Lakaien des Imperialismus“ in den betreffenden Ländern gerichtet ist. Zahlreiche Beispiele ließen sich

gerade aus der Zeit der Großen Proletarischen Kulturrevolution hier anführen. Nirgends jedoch wurde die maoistische Strategie so detailliert durchgeführt wie in Indien⁷³⁾:

China nahm die Aufstände der nördlichen Grenzvölker, der Nagas und Mizos im Jahre 1966, insbesondere aber die Volkserhebung der Bauern von Naxalbari im Bundesstaat West-Bengalen, in einem Gebiet mit ungefähr 700 km² und rund 80 000 Menschen zum Anlaß, um seine Theorien in die Praxis umzusetzen. Nie zuvor in der kommunistischen Geschichte war ein Aufstandsprogramm so konkret erläutert worden. Wegen seiner repräsentativen Bedeutung soll dieses Projekt hier etwas ausführlicher dargestellt werden.

In mehreren Artikeln legte die Pekinger „Volkszeitung“ eine maoistische Linie für Indien in klaren, unmißverständlichen Worten nieder. Naxalbari war das „Vorspiel zu einer gewaltsamen Revolution mehrerer hundert Millionen Menschen in ganz Indien“. Damit diese Absicht aber Wirklichkeit würde, müsse die indische Revolution einen Weg einschlagen, bei dem sie sich auf Bauern stützt, auf dem Lande Basen errichtet, geduldig sich auf den verlängerten bewaffneten Kampf einläßt und schließlich vom Lande aus die Städte einkreist und erobert⁷⁴⁾. Das bisherige Denken der indischen Kommunisten, das sich auf die Städte konzentriert habe, müsse aufgegeben werden und die Bauern sollten statt dessen zur „unbesiegbaren Macht der indischen Revolution werden“. Aus diesem Grunde habe sich das Proletariat mit den Bauern zusammenzutun. Da die Reaktionäre zeitweise stärker als die revolutionären Kräfte seien, hätten die Kommunisten „das ganze Arsenal der flexiblen Taktik und Strategie des Volkskrieges einzusetzen“ und einen „hingezogenen bewaffneten Kampf durchzustehen“. Dieser be-

⁷⁰⁾ Harold Hinton, *The Foreign Policy of Communist China*, *Journal of South-East Asia and the Far-East*, 1968 Nr. 1, S. 7 ff.

⁷¹⁾ Das Militär spielt seit dem Koreakrieg und dem chinesisch-indischen Grenzkonflikt keine außenpolitische Rolle mehr; die — normale — Diplomatie (diplomatische Beziehungen zu zwölf asiatischen Staaten) hat Sympathien für China zu entwickeln und antikolonialistische Gefühle wachzurufen. Mit der Diplomatie von Volk zu Volk wendet sich Peking — unter Mißachtung herkömmlicher diplomatischer Gepflogenheiten — direkt an das Volk des Gastlandes (u. a. bei der Entwicklungshilfe und bei Verbreitung revolutionärer Literatur). A. Doak Barnett, *Red Chinas Impact on Asia*, in: G. P. Jan, *Government of Communist China*, San Francisco 1966, S. 572.

⁷²⁾ Ders., S. 568.

⁷³⁾ Bhabani Sen Gupta, *A Maoist Line for India*, in: *China Quarterly* 1968, Nr. 33, S. 3 ff.

⁷⁴⁾ Zitiert im einzelnen in Sen Gupta, a.a.O.

waffnete Kampf habe auf dem Lande zu beginnen, „wo die reaktionäre Ordnung schwach sei“ und „wo die Revolutionäre offener und freier manövrieren könnten“. Es mache gar nichts aus, wenn die revolutionären Dimensionen am Anfang recht unscheinbar seien und wenn die Bauern noch mit Pfeil und Bogen zu kämpfen hätten; solange nämlich die indischen proletarischen Revolutionäre der revolutionären Linie des Marxismus-Leninismus und dem maoistischen Denken folgten und sich auf ihren großen Alliierten, die Bauern, verließen, sei es für sie durchaus möglich, auf dem Lande von einer revolutionären Basis zur anderen voranzuschreiten, vor allem in den großen Gebieten des Hinterlandes, und dabei eine Volksarmee neuen Typs aufzubauen. Bei alledem werde es natürlich „Zwiste und überraschende Wendungen und Schwierigkeiten geben“; aber letztlich werde es doch möglich sein, die isolierten Areale in großem Stile auszuweiten.

Ganz im Geiste der Aufrufe Che Guevaras, viele Vietnams zu schaffen, appellierten die Chinesen an die indische Linke, für „Dutzende von Naxalbaris in allen Teilen Indiens“ zu sorgen. Mit all diesen Forderungen wandten sich die Chinesen nicht etwa an die Kommunistische Partei, die als revisionistisch gebrandmarkt wurde, sondern an das „revolutionäre Volk von Indien“. Mit der Aufforderung, eine klare Linie zwischen sich und den Revisionisten zu schaffen, wollte Peking wohl auf eine ihm günstige weitere Zersplitterung des indischen Kommunismus hinaus, die sowohl seinem nationalen als auch seinem ideologischen Interesse entgegenkommen würde.

Der Mißerfolg des Aufstandes in Naxalbari brachte Peking zwar dazu, seine Belehrungen einzustellen oder zumindest etwas vorsichtiger vorzubringen. An der inneren Einstellung der Maoisten dürfte sich jedoch in der Zwischenzeit kaum etwas geändert haben. Im September 1967 zog die „Volkszeitung“ noch einmal das Resümee aus den Erfahrungen von Naxalbari und stellt fest, daß „die agrarische Revolution als die Grundaufgabe der neudemokratischen Revolution während des gegenwärtigen Stadiums in Indien zu gelten habe, und daß diese Revolution unausweichlich eine Revolution bewaffneter Bauern sein wird“.

Eine ähnliche Taktik hat sich China für Indonesien⁷⁵⁾, Thailand⁷⁶⁾ oder für die Philippinen⁷⁷⁾ zu eigen gemacht. Selbst in Japan, wo dem Volkskriegsschema natürliche Grenzen gesetzt sind, sucht die Volksrepublik China über die Japanisch-Chinesische Freundschafts-Vereinigung, über das Japanisch-Afrikanische

Solidaritätskomitee und über die Japanisch-Chinesische Vereinigung zur Handelsförderung die Revolution zu importieren⁷⁸⁾. Keine dieser subversiven Bewegungen sind bisher freilich über Anfangserfolge hinausgekommen. Die aufständischen Guerillas wurden zum Beispiel in Birma durch Ne Win, in Indonesien durch Magsaysay und in Indonesien durch Suharto in ihrer Tätigkeit behindert. In anderen Ländern wie in Nationalchina/Taiwan und in Süd-Korea ist die Überwachung so streng, daß kommunistische Ansätze bereits im Keime erstickt werden. Auch im thailändischen Nordosten kann — der von Peking im Dezember 1968 entfachten Pressekampagne zum Trotz — kaum von einer levée en masse die Rede sein, wenn freilich andererseits das Geplänkel im Vorfeld noch lange anhalten wird.

Nach Scalapinos Beurteilung sind Staaten wie Birma, Kambodscha, Indonesien, Laos und Thailand „in höchstem Maße“ der Revolution chinesischen Typs ausgesetzt, weil sie die Kriterien der Unterentwicklung und der Kontrolle durch „bourgeois-demokratische“ Kräfte mit dem China der Jahre nach 1945 gemeinsam hätten⁷⁹⁾. Sind aber diese drei Kriterien nicht zu allgemein, um eine so kühne historische Parallele zuzulassen? Im übrigen unterscheidet Scalapino auch nicht zwischen Chancen auf „legalem Weg“ und solchen durch illegal subversive Tätigkeit, sonst hätte sich sein generalisierendes Verfahren sehr schnell korrigiert. Staaten mit einer relativ stabilen, noch in traditionellen Formen verankerten Sozialordnung wie Thailand, Ceylon, Kambodscha und Indien, sowie fortgeschrittene oder relativ fortgeschrittene Gesellschaften (Japan und die Philippinen) sind offensichtlich viel weniger für den Kommunismus empfänglich, als es noch vor wenigen Jahren scheinen mochte und als es insbesondere die „Domino-Theorie“ annimmt. Einzig Süd-Vietnam und Laos scheinen derzeit dem kommunistischen Zugriff ernsthaft ausgesetzt zu sein.

Überhaupt dürfte es ohne einen kräftigen Anstoß von außen um die Chancen des kommunistischen Volkskrieges nicht gut bestellt sein: Nicht zufällig waren alle vier herrschenden

⁷⁵⁾ Asian almanac 1969, S. 3154 f.

⁷⁶⁾ Vgl. z. B. Peking Rundschau 1969 Nr. 3, S. 19 ff.

⁷⁷⁾ J. van der Kroef, Philippine Communism and the Chinese, in: China Quarterly 1967, April/Juni 1967, S. 115 ff.

⁷⁸⁾ Sheldon Simon, Maoism and Interparty Relations. Pekings Alienation of the Japanese Communist Party, in: China Quarterly 1968 Nr. 35, S. 49, 51 ff.

⁷⁹⁾ Scalapino, S. 27.

Parteien Asiens durch Kriege an die Macht gekommen. Die KP der Äußeren Mongolei ist letztlich genauso ein Ergebnis des ersten Weltkrieges, wie die Parteien Nord-Vietnams, Nord-Koreas und Chinas nicht ohne den zweiten Weltkrieg hätten erfolgreich sein können.

b) *Hua-chiao als Fünfte Kolonne*

Die Hua-chiao, die Auslandschinesen, gelten insbesondere in Südostasien häufig als Fünfte Kolonne des chinesischen Kommunismus. In dieser Verallgemeinerung liegt zweifellos eine Übertreibung. Doch findet der Kommunismus nicht zufällig gerade bei den Auslandschinesen besonders willige Aufnahme. Die Situation dieser größten Minderheit in Südostasien ist nicht ohne Tragik.

Die britische Kolonialverwaltung hatte sie vor allem zu Beginn des 19. Jahrhunderts als billige und politisch ungefährliche Arbeitskräfte einwandern lassen⁸⁰). Sie hatten durch Zähigkeit und Fleiß, durch ihre Erfahrung in Geldgeschäften und durch ihre gegenseitige Solidarität schon bald eine Position erworben, die ihren Gastländern Unbehagen verursachte, zumal sie sich nicht absorbieren ließen, sondern im Gefühl rassischer und kultureller Überlegenheit ihre nationale Identität in eigenen Stadtvierteln und eigenen Schulen bewahrten. Nur Schaden konnte es ihnen, daß sie überdies ihre ökonomischen Gewinne häufig nicht reinvestierten, sondern zurück in ihr Stammland schickten. Zu allem Überfluß verstanden sie es, ganze Monopole in ihre Hand zu bekommen. (In Thailand hatten sie zum Beispiel alle Reismühlen und die Reispreise unter ihre Kontrolle gebracht. Auf den Philippinen kontrollierten angeblich etwa 180 000 Chinesen fast den ganzen Handel⁸¹). Da schließlich auch ihr Anteil an der autochthonen Bevölkerung nicht unerheblich ist (Malaysia 41,2 %, Thailand 18 %⁸²), nahmen zahlreiche Gastländer zu einer Zermürbungstaktik gegen das „dritte China“ ihre Zuflucht: Sie schlossen Chinesen von bestimmten Wirtschaftszweigen aus, leiteten Umsiedlungsaktionen ein, um diese Minderheit zu dislozieren, errichteten Staatsgesellschaften als Konkurrenz, bevorzugten die Einheimischen bei Außenhandelsgenehmigungen und verboten den Chinesen, Waffen zu tragen oder den Beruf eines Polizisten auszuüben⁸³).

Unter diesen Umständen ist es nicht weiter verwunderlich, wenn die in den Strudel der Diskriminierung hineingerissenen Auslandschinesen voller Hoffnung auf das wieder erstarkte China blickten, das ihnen kraft seines überwältigenden Prestiges bei ihren Gastländern wieder mehr Respekt verschaffen

kann. Hierbei ist den Hua-chiao der kommunistische Charakter Chinas ziemlich gleichgültig, hatten sie doch von jeher alle Bewegungen mitgemacht, die ihrem Stammland zu einer Renaissance seiner Macht und seines Ansehens hatten verhelfen können. Als China seine monarchische Staatsform abstreifte und sich zur Republik erklärte, wurde dieser wahrhaft revolutionäre Wandel von den Auslandschinesen ohne Zögern akzeptiert. Um wieviel mehr erst muß ein Staat willkommen sein, der in wenigen Jahren schon seinen Anspruch als dritte Weltmacht angemeldet hat⁸⁴). Da dieses China aber kommunistisch ist, muß der Kommunismus wohl auch etwas „charakteristisch Chinesisches“ sein, das zur Identifizierung aufruft⁸⁵). Nicht zufällig hat deshalb zum Beispiel ein „überwältigender Anteil der Kommunisten in Sarawak eine gemeinsame Erziehung in chinesischen Schulen“⁸⁶).

In jüngerer Zeit scheint sich hierin freilich eine Änderung anzubahnen. Zwar läßt sich immer noch nicht leugnen, daß die Rolle des kommunistischen Chinas oft nicht nur durch die lokalen kommunistischen Parteien, sondern vor allem auch durch die meist unpolitischen⁸⁷), jedoch heimatstreuen Auslandschinesen wesentlich erleichtert wird. (Weder die Sowjetunion noch die Westmächte verfügen über ein ähnliches Instrument der Infiltration und des „neo-imperialistischen“ Einflusses.) Doch sorgen gerade diese Befürchtungen dafür, daß die Spannungen zwischen der Volksrepublik China und ihren mit Auslandschinesen besonders stark durchsetzten Nachbarstaaten (insbesondere den Philippinen, Indonesien, Thailand, Kambodscha, Malaysia, Birma) nicht nachlassen. Schon aus diesem Grunde werden die Gastländer dem Chinesenproblem immer ihre besondere Aufmerksamkeit schenken und ihr ohnehin schon geschärftes Mißtrauen noch weiter verstärken. Vor allem aber haben die meisten Überseechinesen, insbesondere die

⁸⁰) C. P. Fitzgerald, *The Third China*, Vancouver 1965, S. 15 ff.

⁸¹) Zumindest ist dieser Glaube — und das ist das Entscheidende! — unter den Philippinos verbreitet, auch wenn die Statistik davon weit abweicht. Näheres vgl. bei van der Kroef, *Philippine Communism and the Chinese*, S. 123, insbes. 127 f. mit genauen Zahlenangaben.

⁸²) Genauere Zahlenangaben bei Fitzgerald und Guy Hunter, *South-East Asian Race, Culture and Nations*, London — New York — Kuala Lumpur 1966, S. 32.

⁸³) Winkler, S. 50.

⁸⁴) Fitzgerald, S. 72, 59.

⁸⁵) Ebenda, S. 73.

⁸⁶) J. van der Kroef, *Communism in Malaysia and Singapore*, in: *Asian Studies* Vol. IV Nr. 3/554.

⁸⁷) Oftmals bilden freilich auch gerade Auslandschinesen das Stammpersonal lokaler KPs, z. B. in der Malaysischen KP, ebenda, S. 552 ff.

Führungselite, eingesehen, daß ihrer Zukunft mehr mit einer friedlichen Regelung des Verhältnisses zu den Gastländern gedient ist als durch einen Import der Revolution, zumal das Interesse und die Unterstützung Pekings letztlich mehr taktischer Natur sind⁸⁸⁾. Auf die Dauer dürften deshalb auch die Auslandschinesen sich kaum als Trojanisches Pferd für die Interessen Pekings einspannen lassen.

4. Die wahrscheinliche Entwicklung: Der „dritte Weg“ in Asien

Weder der chinesische noch der sowjetische Kompaß zeigen also die wünschenswerte Richtung an. Sollte dies bedeuten, daß der Kommunismus in Asien überhaupt keine Chance hat? Die Antwort auf diese Frage führt zu einer mittleren Lösung: Der Kommunismus als Ideologie scheint seine Rolle weitgehend ausgespielt zu haben, der Kommunismus als Methode dagegen darf sich große Chancen ausrechnen.

Der Kommunismus als Ideologie könnte die pragmatisch ausgerichteten asiatischen Staaten allzusehr in die Sackgasse starrer Dogmen führen. Gebietet doch die Ideologie, insbesondere die chinesische, nicht nur den Verzicht auf westliche Entwicklungshilfe, sondern auch radikale Kollektivierung der Landwirtschaft und vorrangigen Aufbau der Schwerindustrie^{88a)}: Verhaltensformen also, die mit den spezifischen Anforderungen an eine organische Entwicklung unvereinbar sind. — Überdies wäre eine ideologische Hörigkeit nicht nur mit den jeweiligen sozioökonomischen Interessen unvereinbar, sondern auch mit der Würde nationaler Selbständigkeit, die sich im Zusammenhang mit dem wachsenden Polyzentrismus herausbildet. Der Kommunismus als Entwicklungsmethode (Planung, Bodenreformen, Verstaatlichung, Genossenschaftswesen) dagegen dürfte auf die Dauer größere Chancen haben als ein allzusehr auf die hochindustrialisierten, pluralistischen Gesellschaften des Westens zugeschnittener Entwicklungsliberalismus.

Allerdings spielen auch die typischen Funktionselemente der „kapitalistischen Gesellschaft“⁸⁹⁾, wie Mannigfaltigkeit der Eigentumsformen und selbständiges Unternehmertum, enge Koppelung der Volkswirtschaft mit der Weltwirtschaft, beherrschender Einfluß der Verbraucher auf die Verteilung der Güter und die Freiheit der Gewerkschaften⁹⁰⁾ eine erhebliche Rolle. Eine individuell abgestimmte Mischung von planungs- und marktwirtschaftlichen Elementen dürfte so letztlich den Bedürfnissen der meisten asiatischen Staaten am besten entsprechen.

Der Kommunismus als solcher hat also mehrere Facetten. Bornierter und pauschaler Antikommunismus wird deshalb bei den Asiaten im allgemeinen kaum auf Gegenliebe stoßen, sondern eher den Verdacht auslösen, daß sie durch einen Popanz abgelenkt oder aber als Mittel zum Zweck mißbraucht werden könnten. Westliche Beobachter sollten nicht, wie es in der Vergangenheit verschiedentlich geschehen ist, den „dritten Weg“ mit Kommunismus identifizieren⁹¹⁾. Nicht zu Unrecht beklagt Reischauer, daß die USA „gewöhnlich den asiatischen Neutralismus bekämpfen“ damit aber „den Kommunismus vor einem seiner gefährlichsten Gegner beschützen“ und überdies „den Neutralismus in einen potentiellen Verbündeten des Kommunismus verwandelt haben“⁹²⁾.

Mit westlichen Vorstellungen sollte sich eigentlich alles vertragen, was der Stabilität in Asien dient, sei es nun ein gesundes Nationalbewußtsein, eine freiwillig getragene regionale Bündnisstruktur oder aber ein Entwicklungsprogramm, das beim planwirtschaftlichen Instrumentarium des Kommunismus Anleihen gemacht hat. Es sollte keinem Zweifel unterliegen, daß eine solche Selbststärkung den betreffenden Staaten größeren Schutz gegen Fremdherrschaft und Subversion im Inneren zu bieten vermag als Militärbündnisse und Militärhilfe⁹³⁾. Je „aktiver“ ein solcher Neutralismus ist, desto mehr wird er auf die „dritte“ Lösung zustreben, selbst wenn die

⁸⁸⁾ Besonders illustrativ ist das Beispiel Singapurs, wo sich die chauvinistischen Separatisten unter Führung der Barisan-Sozialisten gegen eine Fusion mit Malaysia aussprachen, während sich die Assimilationisten der PAP (People's Action Party) unter Lee Kuan Yew für ein Malaysia unter Einschluß Singapurs und für aufrichtige Zusammenarbeit einsetzten (Lee E. Williams, *The Future of the Overseas Chinese in South-East Asia*, New York—Toronto — London — Sydney 1966, S. 97). Wenn es 1965 doch zur Abspaltung Singapurs kam, so waren dafür andere Gründe maßgebend als der Separatismus Lee Kuan Yew's. Näheres a.a.O., S. 104 ff.

^{88a)} Seit 1958 freilich gilt in China die Politik des „Auf-zwei-Beinen-Gehens“, das heißt, Industrie und Landwirtschaft werden gleichzeitig entwickelt.

⁸⁹⁾ Zu diesen vier idealtypischen Kriterien vgl. Raymond Aron, *Die industrielle Gesellschaft*, Frankfurt/Main — Hamburg 1964, S. 106, 98.

⁹⁰⁾ In Indien gibt es z. B. etwa 11 000 Gewerkschaften, die in vier Dachverbänden organisiert sind und auf die der Staat keinen Einfluß nehmen kann. Daneben existiert ein kommunistischer allindischer Gewerkschaftsbund mit rund 2 500 000 Mitgliedern, der dem östlichen Weltgewerkschaftsbund angehört.

⁹¹⁾ Reischauer, *Die amerikanische Asienpolitik*, a. a. O., S. 102 f.

⁹²⁾ Ebenda, S. 103.

⁹³⁾ Ebenda, S. 35.

Abstufungen und Schattierungen (Indien nach „Westen“, Laos nach „Osten“) manchmal recht verschieden ausfallen. „Letzten Endes leidet der Kommunismus an der großen taktischen Schwäche, daß sich jeder, der nicht ausgesprochen für ihn eintritt, sich schließlich gezwungen sieht, gegen ihn zu kämpfen. Der asiati-

sche Neutralismus [und damit auch der ‚dritte Weg‘, der Verfasser] ist dem kommunistischen Konzept zentralistischer und einheitlicher Kontrolle diametral entgegengesetzt. Für uns ist er jedoch nur eine von vielen möglichen Variationen des Unabhängigkeitsthemas, das die ganze Demokratie durchzieht.“⁹⁴⁾

V. Zusammenfassung

Der Kommunismus ist neben dem Nationalismus und dem Neutralismus nur *eine* politische Kraft in Asien. Er gibt sich nicht mehr einheitlich-global, sondern spiegelt zahlreiche lokale Besonderheiten wider. Kommunistische Parteien, die teilweise beim nationalen Befreiungskrieg eine bedeutende Rolle gespielt haben, sind in vier Staaten Asiens dominierend, in fünf Staaten legal und in elf Staaten verboten. In den nichtkommunistischen Staaten ist die Bedeutung der kommunistischen Parteien, deren Orientierung (nach Moskau oder Peking) übrigens immer nur schwer zu bestimmen ist, auf vereinzelte Regionen beschränkt. Die Revolutionstechnik der kommunistischen Parteien entspricht nicht immer dem chinesischen Fünf-Stadien-Modell. Fast allen KPs ist jedoch eine einheitliche Organisation nach sowjetischem Vorbild, eine überwiegend intellektuelle Führungselite und das allmähliche Hervortreten des „karrieristischen“ Führertyps gemeinsam. In China freilich sind durch die Kulturrevolution diese Tendenzen vermindert worden.

Günstig für den Kommunismus in Asien sind seine Brauchbarkeit als Entwicklungsdemiurg, als Alternative zur Demokratie westlichen Stils und als Motor für die Ausbildung eines Nationalstaats; ganz besonders aber sein Optimismus, der die Reintegrationshoffnung der Elite bestärkt, sowie sein Utopismus, der den breiten Massen eine Art säkularisierter Religion bietet.

Als *hinderlich* für den Kommunismus erweisen sich Tradition, Religion und politische Indifferenz der Massen, ferner die Konkurrenz des Nationalismus, die Aversion der etablierten Streitkräfte und der im Entstehen begriffene neue Mittelstand sowie das Fehlen charismatischer Führergestalten in den noch nicht kommunistisch gewordenen Staaten. Zuungunsten des Kommunismus fällt aber schließlich auch der Konflikt zwischen Moskau und Peking ins Gewicht. Die zahlreichen Gemeinsamkeiten zwischen der VR China und den asiatischen Staaten auf sozio-ökonomischem Gebiet scheinen der radikaleren chinesischen Ideologie einen gewissen Vorsprung zu geben, zumal der „legale“ Weg der Sowjetunion wegen der zumeist fehlenden Voraussetzungen (Zerbrechen der alten Ordnungen, Verbreitung westlichen Gedankenguts, wie etwa in Kerala) wenig Erfolg verspricht. Gleichwohl scheint auch die chinesische Methode, die mit den Mitteln der Subversion, des „Volkskriegs“ und mit Unterstützung zahlreicher Auslandschinesen laboriert, angesichts der Aufmerksamkeit vieler Regierungen nur an wenigen neuralgischen Punkten Aussicht zu haben.

Unter diesen Umständen schicken sich die meisten Länder an, in „aktiver“ Neutralität den „dritten Weg“ zu gehen, wobei sie pragmatisch-kommunistische Methoden übernehmen, der kommunistischen Ideologie aber mit Vorbehalt gegenüberstehen.

⁹⁴⁾ Ebenda, S. 103.

Die kommunistischen Parteien Asiens

	1	2	3	4	5	6
	herrschend stark schwach unbedeutend	Gründungs- jahr	de jure- Stellung	Mitglieder- zahl	Orientierung	de facto - Stellung
BIRMA	schwach	1943	illegal seit 1964	1965: 5000 (?)	neutral	Zenith der Macht: 1958 (ur U Nu). Seit d. Staatsstreich (Ne Win) immer schwächer Einfluß auf Studenten u. Schüler Zersplittert
CEYLON	schwach	1940	legal	KPC (Peking) 1965: 800 KPC (Moskau) 1965: 1100	Peking Moskau	Nach der Spaltung 1963: geschwächt. Erfolg bei Ge- schaften; nicht populär; K kurrenz anderer marxist. teien; insbes. 1200 Trotzki-
CHINA	herrschend	1921	herrscht seit 1949	1965: über 17 Mill.; nach der Kulturrevol. :?		Kontrollierte die VRC bis vollständig. KPC durch die Kulturrevol. weitgeh. zerschlagen. Das „HQ“ um Tse-tung herrscht nun mit Hilfe d. Volksbefreiungsar- u. d. Revolutionskomitees. Seit dem 9. Parteitag (1969 im Wiederaufbau
INDIEN	stark	1928	legal	200 000	linke: Peking rechte: Moskau, doch immer neutraler	linke: relativ stark in d. tionellen Gebieten Kerala, Andhra, W. Bengalen rechte: in d. Gewerkschaft sonst aber d. linken unterl Die Spaltung entstand im Jahre 1964
INDONESIEN	—	1920	illegal seit 1965	angeblich 3 Mill. (1964) und starke sympathis. Organisat. 1969: 220 000 (?)	Peking	Trotz Zerschlagung noch beachtliche Stärke u. viele Sympathien (Präsumptive Waffe gegen Korruption). Zerschlagung im Jahre 1966
JAPAN	schwach	1922	legal	1964: 150 000	anfangs Peking, seit 1966 Moskau, doch immer selbständiger	In der etablierten Politik u deutend, doch starker Ein auf die Intellektuellen. Splittergruppen
KAMBODSCHA	schwach	1945	legal	1965: 1000 Mitglieder, ungef. 30 000 Sympathi- santen	Peking	2 Parteien, beide schwach Sitz i. d. Nationalversamm keine Anerkennung in inte kommunist. Bewegungen
LAOS	stark	1945 (ursprüngl. Lao Issara)	Neo Lao Hak Xat legal seit 1957	NLHX: ungef. 1500—3000 Pathet Lao: 20 000 (= ihr militär. Arm)	Peking/ Moskau	Milit. u. polit. Unterstützu durch N.-Vietnam, VRC, S Uneinigkeit unter d. Nicht- kommunisten; bedeutende Kontrolle d. lokalen Admi stration. (angeblich 2/3 von J
MALAYSIA	schwach	1931	illegal seit 1948	1965: 2000	Peking	—
ÄUSSERE MONGOLIEI	herrschend	1920	herrscht seit 1921	März 1963: 46 000	Moskau	Kontrolliert die Mongolisch VR vollständig

7	8					9
regional-national	Soziale Zusammensetzung der KPs					Parteien Zahl (Flügel)
	Arbeiter	Bauern	Intellek- tuelle	Bourgeois	Militär (a = inkl. Gueril- leros)	
ional gung u. vereinzelt (d. Lande)	mittel-stark	mittel- schwach	stark	schwach	stark (a)	2 Splittergruppen: stärker Gr. 1: sog. Weiße Flagge, Gr. 2: sog. Rote Flagge
ional (ombo; SW-Ceylon)	stark	schwach	sehr stark	mittel	schwach	2 Flügel + sympathis. Gruppen
ional	mittel-stark	mittel-stark	stark	sehr schwach	sehr stark	1
ional erala, West-Bengalen, hra Pradesh)	mittel-stark	mittel- schwach	stark	mittel	schwach	2 (Flügel)
ional	—	—	—	—	—	—
ional (oto, Osaka, Tokyo)	stark	schwach	sehr stark	schwach	sehr schwach	1
ional (nom Penh)	sehr schwach	sehr schwach	sehr stark	mittel	sehr schwach	1
ional va über das halbe s verteilt)	sehr schwach	stark	mittel	schwach	sehr stark	1
ional ai-Grenze, Sarawak- ones. Grenze)	mittel-stark	sehr schwach	sehr stark	schwach	sehr stark (a)	1
ional	mittel-stark	mittel-stark	stark	sehr schwach	mittel	1

	1	2	3	4	5	6
	herrschend stark schwach unbedeutend	Gründungs- jahr	de jure- Stellung	Mitglieder- zahl	Orientierung	de facto - Stellung
NEPAL	schwach	1949	illegal seit 1960	1965: 3—4000	teils Moskau teils Peking	gespalten in 2 Flügel. Sinkender Einfluß bei d. Intellektuellen. Nur schwache Unterstützung durch d. Bevölkerung
NORD-KOREA	herrschend	1925	herrscht seit 1945	1964: 1 300 000	zunehmend neutral	kontrolliert die DVR Korea vollständig
NORD-VIETNAM	herrschend	1930 (als KP Indochinas) 1954 (als Vietnames. Arbeiter- partei neu- gegründet)	herrscht seit 1954	März 1963: 570 000	früher Peking, neuerdings mehr Moskau (Waffen- lieferungen)	kontrolliert die DVR Vietn. vollständig. Kontrolliert fe- die NLF in Süd-Vietnam
PAKISTAN	unbedeutend	1928 (Indische KP)	illegal seit 1954	1965: Ost- Pakistan: 2—300; West- Pakistan: 300—500	Peking- und Moskau- Flügel	Wegen starker Überwachung nur lokale Wirksamkeit; do- allerdings zahlreiche Schwär- d. Staates nutzend
PHILIPPINEN	unbedeutend	1930	illegal seit 1932	1965: ungef. 2000 (einschl. 300 Huks) 300—500 chines. Kom- munisten	—	Taktikwechsel vom Aufstand zur Subversion. Einfluß auf Jugendliche, Intellektuelle, Arbeiter. Befürwortet Ultra- nationalismus und Anti- amerikanismus
SINGAPORE	—	1927 (?)	—	1965: 1—2000(?)	—	—
SÜD-KOREA	unbedeutend	1925	illegal	?	—	Unterdrückt und ohne Bedeutung
SÜD-VIETNAM	stark	1961 NLF 1962 Süd- vietnam. Nation. Revolut. Partei	illegal seit 1955	1965: 38 000— 64 000 ständ. Guerilleros, 60—80 000 zeitweilige Kämpfer 1969: ?	siehe Nord- Vietnam	Infiltrationserfolge; NLF a- bei d. Pariser Gesprächen vertreten
(Nationalchina) TAIWAN	unbedeutend	vergl. „China“	illegal	—	—	Unterdrückt und ohne Bedeutung
THAILAND	unbedeutend	1928	illegal seit 1952	—	Peking	Einfluß beachtlich in wenig- Teilen (vor allem im NO des Landes). Frontorganisationen z. B. Thai Unabhängigkeits- bewegung, Thai Patriotische Front

7	8					9
regional-national	Soziale Zusammensetzung der KPs					Parteien Zahl (Flügel)
	Arbeiter	Bauern	Intellek- tuelle	Bourgeois	Militär (a = inkl. Gueril- leros)	
regional (Mithmandu-Tal; Terai)	sehr schwach	sehr schwach	sehr stark	mittel	sehr schwach	1 (und sympathis. Gruppen)
regional	stark	stark	mittel	sehr schwach	sehr stark	1
regional	mittel	stark	sehr stark	schwach	sehr stark	1
regional (E-Pakistan, bes. Dacca; West-Pakistan (seutungslos)	sehr schwach	sehr schwach	sehr stark	sehr schwach	sehr schwach	1
regional (Manila, Luzon)	sehr schwach	stark	stark	sehr schwach	sehr stark (a)	1
-	-	-	sehr stark	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
regional (% im Mekong-Delta)	schwach	sehr stark	mittel	mittel	stark	1
-	-	-	-	-	-	-
regional (Bangkok; NO-Thailand; Anzue zu Malaysia)	mittel-stark	sehr schwach	stark	schwach	sehr schwach	2